Vergleich von Sozialleistungen an
Asylsuchende in fünf europäischen Ländern
Dänemark, Deutschland, Italien, Österreich, Schweiz

von
Denise Efionayi-Mäder

(Leitung: PD Dr. Andreas Wimmer)
**Dank**

Der vorliegende Text basiert größtenteils auf Daten und Hintergrundinformationen aus persönlichen oder telefonischen Gesprächen mit Beamt(inn)en, Vertreter(inn)en von NGOs und anderen Fachpersonen aus dem Asylbereich. Ich möchte mich bei ihnen für die meist kurzfristig geplante und vielfach zeitaufwendige Beteiligung an diesem Projekt nochmals ausdrücklich bedanken:

Herr Beeri, Leiter der Abteilung Asylwesen, Fürsorgedirektion, Bern
Frau Bonnesen, Integrationsdienst des *Danish Refugee Council*, Kopenhagen
Frau Castelli, Koordinatorin des Sozialdienstes des *Consiglio Italiano per i Rifugiati*, Rom
Herr Compagnucci, Leiter *Direzione Generale dei Servizi Civili, Divisione Assistenza ai Profughi, Ministero dell'Interno*, Rom
Herr Demel, Leiter der Flüchtlingsbetreuung, Bundesministerium für Inneres, Wien
Frau Diletti, Praktikantin des *Consiglio Italiano per i Rifugiati*, Rom
Herr Ehrwein, Leiter des Flüchtlingssektors des Hospice Général, Genf
Frau Ferrari, Projektleiterin «Asylum» des *Consiglio Italiano per i Rifugiati*, Rom
Frau Friedl, Beraterin der Ausländerberatungsstelle der Caritas, Wien
Herr Berger, Schubhaff-Beratung, Caritas, Wien
Frau Giro, *Ufficio Speciale Immigrazione del Comune di Roma*, Rom
Herr Hauk, Referatsleiter Ausländer und Aussiedlerangelegenheiten im Ministerium für Arbeit und Soziales, Potsdam, Brandenburg
Frau Hellmayr, Leiterin eines Übergangswohnheims der Caritas, Wien
Herr Hein, Direktor des *Consiglio Italiano per i Rifugiati*, Rom
Herr Höm, Direktor des Sekretariats der Zentralverwaltung des Dänischen Roten Kreuzes, Kopenhagen
Frau Landi, Verwaltungsdienst des *Consiglio Italiano per i Rifugiati*, Rom
Herr Lauerer, Ministerium für Umwelt, Energie, Jugend, Familie ..., Wiesbaden, Hessen
Herr Mahmood, Sachbearbeiter für Kostenerstattung, Ausländer und Aussiedlerangelegenheiten im Ministerium für Arbeit und Soziales, Potsdam, Brandenburg
Herr Neumann, Leiter der Ausländerberatungsstelle der Caritas, Wien
Herr Pronini, Direktor der AGECAS, Genf
Frau Röseler, Juristin, Ministerium für Arbeit und Soziales, Potsdam, Brandenburg
Herr Vincenzi, *Direzione Generale dei Servizi Civili, Divisione Assistenza ai Profughi, Ministero dell'Interno*, Rom
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

4 ÖSTERREICH
4.1 Aufenthaltstitel
4.2 Aufnahme und Unterstützungsleistungen
4.3 Erwerbstätigkeit
4.4 Finanzierung und Rolle von privaten Organisationen

5 SCHWEIZ
5.1 Aufnahme
5.2 Aufenthaltstitel
5.3 Unterstützungsleistungen
5.4 Finanzierung
5.5 Der Kanton Bern
5.6 Der Kanton Genf
5.7 Vergleich der Unterstützungsleistungen in Bern und Genf

III VERGLEICHDENER ÜBERBLICK

1 TEILBEREICHE DER SOZIALHILFE
1.1 Methodische Vorbemerkungen
1.2 Regelmäßige staatliche Leistungen zur existentiellen Grundsicherung
1.3 Unterbringung
1.4 Betreuung
1.5 Eingliederungs- und Beschäftigungsmassnahmen
1.6 Medizinische Versorgung

2 SYSTEMVERGLEICH

LITERATURHINWEISE

ANHANG
Terminologie

Um Missverständnisse hinsichtlich des Sprachgebrauchs zu vermeiden, soll vorab die Verwendung der folgenden Begriffe geklärt werden:


Betreuung wird in einem weiten Sinn verstanden, der auch die administrative Versorgung von hilfsbedürftigen Personen einschließt. Sozialhilfe und Fürsorge werden weitgehend als Synonyme verwendet.

Pour éviter des malentendus, il convient de préciser l’utilisation des termes suivants:

D’une part, il est question de candidats à l’asile ou requérants d’asile pour désigner des personnes avec une procédure d’asile en cours. D’autre part, le rapport traite également la situation de personnes sous TPS (temporary protected status) ou en quête de protection. Cette catégorie comprend les personnes admises pour des raisons humanitaires ou qui, sur la base du principe de non-refoulement, ne peuvent pas être renvoyées suite au rejet de leur demande. Toutes ces personnes confondues sont appelées réfugiés selon la terminologie courante au niveau international (HCR). La situation des réfugiés statutaires selon les législations nationales ne fait pas l’objet de ce projet. S’ils sont exceptionnellement mentionnés dans le texte ils seront toujours désignés comme réfugiés reconnus (anerkannte Flüchtlinge).
Kurzfassung (Executive Summary)


Systemvergleich

Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass nicht alle untersuchten Länder in gleichem Masse über ein öffentliches Aufnahmesystem mit rechtlichen Grundlagen, finanziellen Mitteln und einer Infrastruktur verfügen. Nur in Dänemark, Deutschland und in der Schweiz wird die Fürsorge im Asylbereich von staatlicher Seite flächendeckend und den gesamten
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

Personenkreis der Asylsuchenden umfassend geregelt. In diesen Staaten können sich die Flüchtlinge auf Mindestnormen für den Leistungsumfang berufen, die, wenn nicht auf nationaler Ebene (Dänemark, Deutschland), zumindest innerhalb der Gliedstaaten (Schweiz) gelten. Private und karitative Organisationen übernehmen vorwiegend beratende Funktionen, spielen in der Flüchtlingspolitik eine Rolle und treten allenfalls als Leistungserbringerinnen in staatlichem Auftrag auf. Anders ist hingegen die Lage in Österreich und Italien.

Österreich gewährt eine zentralstaatlich organisierte Unterbringung und Unterstützung allein einer Minderheit von Asylsuchenden (20–30%). Nur diese Personen werden auf diskretionärer Basis für die Dauer des Verfahrens in die sogenannte Bundesbetreuung aufgenommen. Alle übrigen Flüchtlinge müssen sich entweder an die Kommunen oder an karitative Vereinigungen wenden, die je nach Möglichkeit Wohngelegenheiten bereitstellen oder andere Hilfe anbieten. Vergleichbar mit der Situation von unversorgten Asylsuchenden in Österreich ist die Lage der Flüchtlinge in Italien, wo das Bundesministerium immerhin allen hilfsbedürftigen Personen auf Antrag einen Erstunterstützungsbeitrag auszahlt, der zur Abdeckung des gesamten Lebensunterhalts inklusive Unterkunft ausreichen soll, aber auf die Dauer von 45 Tagen beschränkt bleibt. Ähnlich wie in Österreich stellen zwar einzelne Städte oder Kommunen Wohngelegenheiten zur Verfügung; meist können aber die Ankömmlinge nur für beschränkte Zeit aufgenommen werden.


Gleichzeitig wäre es – wenn auch verlockend – voreilig, die Hilfestellungen im humanitären Bereich generell als zweitrangig einzustufen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass gerade ein flexibles, individualisiertes Angebot für bestimmte Personen(gruppen) gegenüber der staatlichen Fürsorge Vorteile bringt. Beispielsweise ist die Betreuung und Beratung in privaten Wohnheimen teilweise umfassender als in öffentlichen Stellen. Ferner werden Frauen oder Familien mit Kindern meist prioritär versorgt. Übergreifend lässt sich zumindest feststellen, dass die private Unterstützung praktisch überall als eine vorübergehende Nothilfe gedacht und somit auf einige Monate beschränkt ist. Meistens werden die Hilfeempfänger/innen schon zu Beginn angehalten, eine autonome Existenz anzustreben bzw. alternative Unterstützung zu suchen.\(^1\)

\(^1\) Bezeichnenderweise herrsch in Italien und Österreich kein Wohnortszwang, und zahlreichen Aussagen zufolge werden
Was die Wahrnehmung der unterschiedlichen Sozialsysteme aus der Perspektive der Flüchtlinge betrifft, kann vereinfachend nur festgehalten werden, dass die Fürsorgepraxis in Dänemark, Deutschland und der Schweiz für Personen, die kaum Beziehungen zu einem bestimmten Zielland haben, vermutlich als vergleichsweise vorteilhaft erscheint, da sie ein Anrecht auf Leistungen zur existentiellen Grundsicherung begründet. Österreich bietet wenigstens einer Minderheit von 20–30% der Flüchtlinge eine umfassende Versorgung. In Italien können alle Asylsuchenden den sogenannten Erstunterstützungsbeitrag anfordern, der aber den Lebensunterhalt nur für eineinhalb Monate abzudecken vermag. Um trotz der festgestellten strukturellen Unterschiede näher auf die Frage des Leistungsumfangs eingehen zu können, wurde der weitere Vergleich auf die staatlich garantierte Unterstützung ausgerichtet.

Vergleich der staatlich garantierten Sozialleistungen


Streng genommen müssten Italien und Österreich aufgrund der genannten strukturellen Unterschiede aus dem weiteren Vergleich ausgeschlossen werden; der Vollständigkeit halber werden sie aber trotzdem in die komparativen Übersichten aufgenommen. Die italienische Starthilfe würde zu diesem Zweck auf ein Jahr umgerechnet, wobei die monatlichen Beträge entsprechend bescheiden ausfallen (vgl. Tab. I).

In Dänemark, Deutschland und in der Schweiz weisen die zuständigen Behörden allen Asylsuchenden bei der Ankunft einen obligaten Aufenthaltsort zu und stellen ihnen eine

undeklarierte Tätigkeiten bis zu einem gewissen Grade toleriert.

2 Kaufkraftparitäten siehe Kapitel I 3.

3 In Österreich ist insofern eine zusätzliche methodische Schwierigkeit zu erwähnen, als die genauen Unterstützungsansätze in Bundesbeteiligungsstellen nicht bekannt sind und der Wert der Grundsicherung aufgrund eines Pauschalanansatzes errechnet wurde, der an Gasthäuser zur Unterbringung von Asylsuchenden entrichtet wird. Der Ansatz wurde um 20% reduziert, um dem Lohn- bzw. Gewinnaufteil Rechnung zu tragen.
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

Unterkunft, meist in Gemeinschaftszentren, zur Verfügung. Die minimalen Standards für den persönlichen Wohnraum in Gemeinschaftsunterkünften sind dabei in allen drei Staaten ähnlich; die erfassten Normen schwanken zwischen 5 m² und 6 m² pro Person. In Hessen und in der Schweiz lebt ein Teil der Flüchtlinge in Privatwohnungen.

Zusätzlich zur Unterbringung werden Hilfen für Nahrung, Kleidung, Hygiene, Taschengeld, Transport usw. in Form von Geld- oder Sachleistungen geliefert. Ein Blick auf Tabelle I zeigt, dass diese Grundunterstützung für Einzelpersonen im Kanton Genf bedeutend höher bemessen ist als in den übrigen (Glied-)Staaten, was vor allem auf den erhöhten Leistungsansatz ab dem zweiten Aufenthaltsjahr zurückzuführen ist. Wenn vom italienischen Sonderfall abgesehen wird, liegen die übrigen Richtsätze mit einem Minimum im Kanton Bern relativ nahe beieinander (Tab. 1/a). Interessanterweise sind somit die Abweichungen innerhalb der Schweiz größer als die Unterschiede auf internationaler Ebene. Etwas anders sieht die Situation einer vierköpfigen Familie aus, die sowohl in österreichischer Bundesbetreuung als auch in Deutschland mit einer substantielleren Grundunterstützung rechnen kann als in der Schweiz (Tab. 1/b). Doch auch in diesem Fall bleiben die internationalen Unterschiede beschränkt, obwohl jedes Land die Leistungen für Familien nach eigenen Kriterien bemisst: In Italien und Österreich werden die Richtsätze mit der Zahl der Familienmitglieder multipliziert; in Dänemark und Genf hingegen sind die Beträge für Kinder wesentlich tiefer angesetzt als für Erwachsene.

Tabelle 1: Regelmäßige staatliche Leistungen an Asylsuchende: monatliche Beträge in CHF nach Kaufkraftparität gewichtet

<table>
<thead>
<tr>
<th>Dänemark</th>
<th>Deutschland</th>
<th>Italien</th>
<th>Österreich</th>
<th>Schweiz</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Brandenburg</td>
<td>Hessen inkl. Unterk. auf 1 Jahr berechnet</td>
<td>nur bundesbetreute Flüchtlinge</td>
<td>Bern</td>
<td>Genf</td>
</tr>
<tr>
<td>Grundunterstützung für eine Einzelperson</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>a</td>
<td>425.-</td>
<td>432.-</td>
<td>(158.-)</td>
<td>(462.-)</td>
</tr>
<tr>
<td>b</td>
<td>1241.-</td>
<td>1502.-</td>
<td>(632.-)</td>
<td>(1828.-)</td>
</tr>
<tr>
<td>Grundleistungen für ein Ehepaar mit zwei 10jährigen Kindern</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>a</td>
<td>5</td>
<td>2</td>
<td>(6)</td>
<td>(1)</td>
</tr>
<tr>
<td>Beschäftigungs- und Eingliederungsmassnahmen (*** umfassend; ** relativ umfassend, * eingeschränkt)</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>c</td>
<td>Vielfalt von Aktivitäten</td>
<td>nur privat initiiertes Angebot</td>
<td>nur privat initiiertes Angebot</td>
<td>nur privat initiiertes Angebot</td>
</tr>
<tr>
<td>d</td>
<td>Medizinische Versorgung</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>Behandlung von DRK-Arzten</td>
<td>Behandlung akuter Krankheiten auf Ausstellung eines Krankenheiss</td>
<td>nur in Notfällen Zugang zum Gesundheitsdienst</td>
</tr>
</tbody>
</table>

8


Abschliessend kann der Leistungsumfang in den drei erwähnten Bereichen – Grundunterstützung, Beschäftigungsmöglichkeiten, gesundheitliche Versorgung – in Form einer Rangordnung summarisch dargestellt werden. Am umfangreichsten ist demnach die Unterstützung in Ländern mit einer niedrigen Rangsumme in der folgenden Tabelle:
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

Tabelle II Zusammenfassende Rangordnung der (Glied-)Staaten in drei Teilbereichen der Sozialhilfe

(6 bzw. * 3 Ränge)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>Dänemark</th>
<th>Deutschland*</th>
<th>Italien*</th>
<th>Österreich*</th>
<th>Kt. Bern</th>
<th>Kt. Genf</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Grundleistungen für Einzelperson</td>
<td>4</td>
<td>3</td>
<td>(6)</td>
<td>(2)</td>
<td>5</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Grundleistungen für Familien</td>
<td>5</td>
<td>2</td>
<td>(6)</td>
<td>(1)</td>
<td>4</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>Beschäftigungsmassnahmen</td>
<td>1</td>
<td>3</td>
<td>(3)</td>
<td>(3)</td>
<td>2</td>
<td>2</td>
</tr>
<tr>
<td>Medizinische Versorgung</td>
<td>2</td>
<td>2</td>
<td>(3)</td>
<td>(1)</td>
<td>1</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Summe</td>
<td>12</td>
<td>10</td>
<td>17</td>
<td>(7)</td>
<td>12</td>
<td>7</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Zusammenfassende Rangordnung: 3 ex aequo 2 (4) 1 ex aequo 3 ex aequo 1 ex aequo

a) Die Grundunterstützung schliesst die Unterbringung ein und ist auf ein ganzes Jahr extrapoliert worden.
b) Die Angaben zur Grundunterstützung in Österreich gelten ausschliesslich für bundesbetreute Flüchtlinge.

Es sei nochmals betont, dass die Ergebnisse die Qualität der Leistung ausser Acht lassen und nur für die berücksichtigten Teilbereiche gelten, die ausserdem identisch gewichtet sind. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich der Kanton Genf und Österreich durch ein vergleichsweise hohes Leistungs niveau auszeichnen, wobei in Österreich nur eine Minderheit der Flüchtlinge in den Genuss der bundesstaatlichen Unterstützung kommt. Deutschland folgt an zweiter Stelle und ist gleichzeitig das einzige Land, wo die Höhe der Unterstützung bundesweit gesetzlich festgelegt ist. In Dänemark und im Kanton Bern ist der Leistungsumfang praktisch identisch. Wie erwähnt ist frappant festzustellen, dass die internationalen Unterschiede insgesamt geringer sind als die Abweichungen der Grundleistungen innerhalb der Schweiz.5


---

4 Da der Leistungsumfang in Deutschland im Unterschied zur Schweiz einheitlich geregelt ist, war es überflüssig, Brandenburg und Hessen getrennt aufzuführen.
5 Damit soll aber nicht ausgeschlossen werden, dass sich die höheren Ansätze im Kanton Genf möglicherweise durch die effektiven Lebenshaltungskosten erklären lassen.
6 Piguet 1998
Résumé (Executive Summary)

Depuis plusieurs années, les effectifs dans le domaine de l’asile ne cessent de croître. Dans ce contexte, l’augmentation des coûts d’assistance inquiète. Lors des débats politiques, on évoque, entre autres, l’idée que le niveau des prestations sociales en Suisse aurait pour effet de renforcer l’immigration par le biais de l’asile. Si ce type de réflexion a également cours dans d’autres pays européens, il n’existe quasiment pas de recherches systématiques au sujet de l’importance réelle de l’assistance sociale dans le choix des pays de destination par les migrants. Une analyse critique de la situation se heurte, généralement, déjà à une première difficulté dans la comparaison internationale des niveaux d’assistance. Le but de cette étude est précisément d’apporter des éléments permettant d’avancer dans cette direction. Elle consiste à confronter l’ampleur des prestations sociales perçues par les réfugiés dans cinq pays européens. Il convient cependant de préciser que ce mandat a été planifié et mené dans des délais très brefs, puisque le temps prévu pour la récolte des données, l’analyse et la rédaction ne devait pas dépasser deux mois et demi (de mi-juillet à septembre 1998). Dès lors, certains aspects de l’enquête devraient encore faire l’objet d’analyses complémentaires pour être strictement comparables.


Comparaison des systèmes d’accueil

Tout d’abord, il faut constater que les pays analysés ne disposent pas, au même titre, d’un système d’accueil public basé sur une réglementation, de moyens financiers et d’une infrastructure spécifique. Seuls le Danemark, l’Allemagne et la Suisse connaissent un système global de prise en charge de tous les candidats à l’asile durant leur séjour. Dans ces Etats, les réfugiés peuvent se référer à des normes minimales d’assistance identiques sur l’ensemble du territoire (Danemark, Allemagne) ou à l’intérieur des entités politiques (Suisse). Dans un tel
contexte, les organisations privées et humanitaires assument surtout des fonctions politiques et de conseil et s’occupent, éventuellement, de la prise en charge des réfugiés sur mandat de l’État. En Autriche et en Italie, en revanche, la situation se présente de manière différente.

L’Autriche admet de manière discrétionnaire une minorité (20-30%) de réfugiés dans les structures d’assistance fédérales (Bundesbetreuung) pour la durée de la procédure d’asile. Tous les autres réfugiés doivent s’adresser aux communes ou à des organisations caritatives, qui peuvent, selon les disponibilités, les accueillir et les assister financièrement. La situation de ces personnes est assez comparable à celle de tous les réfugiés en Italie. Le ministère de l’Intérieur leur accorde cependant, sur demande, une contribution d’assistance unique, qui devrait permettre de couvrir les besoins élémentaires, y compris le logement, durant 45 jours. Parallèlement certaines villes ou communes proposent des logements temporaires.

Dans la mesure où les organisations humanitaires jouent, dans ces deux États, un rôle subsidiaire important pour l’accueil et l’assistance, les candidats à l’asile ne sont pas complètement démunis. Cependant, l’aide fournie est très variable et il va sans dire que les réfugiés ne peuvent pas faire valoir des droits face aux organismes caritatifs. Le fonctionnement de l’assistance privée est brièvement présenté dans les descriptions par pays, à l’instar des situations à Vienne et à Rome. Ces exemples montrent que des analyses approfondies de chaque situation seraient nécessaires pour éclairer la situation dans le domaine non-étatique. Une recolte de données systématiques se heurterait non seulement aux différences régionales et institutionnelles, mais également au fait que ces organisations accordent généralement une aide individualisée sur la base d’un examen de chaque cas particulier. Par conséquent, il parait difficile d’arriver à des conclusions générales concernant la situation des réfugiés soutenus par des organisations non-gouvernementales. Il pourrait être tentant de considérer d’emblée l’aide privée comme tout à fait secondaire. Pourtant, on ne peut pas exclure que l’offre flexible et individualisée puisse, dans certains cas, être aussi appréciée que l’aide publique, voire préférée. Pour ne citer qu’un exemple, le suivi psychosocial est parfois plus intense dans les lieux d’accueil privés que dans les structures étatiques. Par ailleurs, certaines catégories de personnes, à l’instar des femmes ou des familles avec enfants, sont généralement soutenues avec une attention particulière.

Néanmoins, on constate que l’assistance privée est en principe conçue comme une aide d’urgence. La plupart du temps, la prise en charge reste limitée à quelques mois. En effet, les bénéficiaires sont incités, dès leur arrivée, à solliciter des aides alternatives et à s’orienter vers une existence autonome.7 On est amené à penser que du point de vue des réfugiés concernés, les systèmes d’accueil allemand, danois ou suisses paraissent plus avantageux pour des personnes qui n’entretiennent aucun lien avec un pays de destination en particulier et qu’ils garantissent, à tout un chacun, une assistance de base durant leur séjour. En Autriche, en revanche, une telle prise en charge n’est accordée qu’à une minorité de réfugiés, tandis qu’en Italie tous les requérants d’asile peuvent obtenir la contribution de première assistance, mais qui ne leur permet, en principe, de subvenir à leurs besoins que durant 45 jours. Pour comparer les niveaux d’assistance malgré ces différences structurelles, l’analyse qui suit porte exclusivement sur les prestations garanties par l’État.

7 A ce sujet, il est intéressant de noter que l’Italie et l’Autriche n’assignent pas de lieu de domicile aux réfugiés. Par ailleurs, de nombreux témoignages soulignent que des activités non déclarées sont souvent tolérées, dans la mesure où dans certains cas, elles peuvent paraître incontournables.
Analyse comparative des prestations sociales garanties par l’État


En raison des différences structurelles évoquées, l’Autriche et l’Italie ne devraient pas être incluses dans cette comparaison, mais, par souci d’exhaustivité, les prestations fournies à une minorité des candidats à l’asile en Autriche, et pour une durée très limitée en Italie, figurent dans les tableaux entre parenthèses. La contribution de première assistance italienne a été extrapolée sur une année, ce qui explique le faible niveau du montant mensuel qui comprend pourtant les dépenses pour le logement (cf Tab. 1).

En Allemagne, au Danemark et en Suisse, les autorités assignent à chaque candidat à l’asile, dès l’arrivée, un lieu de résidence et mettent à disposition un logement, généralement dans un centre d’accueil. Dans les trois États, les normes minimales en matière d’espace personnel dans ces centres sont similaires dans la mesure où elles ne varient que de 5 à 6 m² par personne. Dans la Hesse et dans les deux cantons suisses, une partie des réfugiés vit dans des appartements privés.

En dehors du logement, des aides sont accordées pour la nourriture, l’habillement, l’hygiène, l’argent de poche, le transport etc., soit en nature, soit en espèces. Comme il ressort du tableau 1, cette assistance de base pour une personne seule est plus élevée dans le canton de Genève qu’ailleurs, ce qui est dû notamment au niveau des prestations accordées à partir de la 2ème année de présence. Sinon et mis à part le cas italien, les barèmes d’assistance sont assez proches, avec un montant minimum à Berne (Tab. 1/a). A cet égard, il est intéressant de noter que les différences cantonales sont plus importantes que les écarts internationaux. La situation est différente quand on considère un couple avec deux enfants, qui bénéficie de prestations plus importantes en Allemagne et dans le système d’accueil fédéral en Autriche qu’en Suisse (Tab. 1/b). Mais les différences restent néanmoins limitées, même si chaque État calcule l’assistance accordée aux familles selon des critères propres : en Italie et en Autriche, le montant de l’aide individuelle est multiplié par le nombre de membres de la famille ; au Danemark et à Genève, en revanche, les barèmes appliqués aux enfants sont nettement plus

8 Ces options ont été discutées dans le chapitre III 1 et ne seront plus détaillées ici.
bas que ceux appliqués aux adultes.

**Tableau I** Prestations étatiques accordées aux réfugiés: montants mensuels en CHF pondérés en fonction du pouvoir d'achat en Suisse

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>Danemark</th>
<th>Allemagne</th>
<th>Italie</th>
<th>Autriche</th>
<th>Suisse</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>Brandebourg</td>
<td>Hesse</td>
<td>y compris logement extrapolé sur 1 an</td>
<td>réfugiés assistés par l'Etat fédéral</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Assistance de base pour une personne seule</strong></td>
<td></td>
<td>(158.-)</td>
<td>(462.-)</td>
<td>372.-</td>
<td>598.-</td>
</tr>
<tr>
<td>a 425.-</td>
<td>443.-</td>
<td>(158.-)</td>
<td>(462.-)</td>
<td>372.-</td>
<td>598.-</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Assistance de base pour un couple avec deux enfants de 10 ans</strong></td>
<td>1241.-</td>
<td>1502.-</td>
<td>(632.-)</td>
<td>(1828.-)</td>
<td>1430.-</td>
</tr>
<tr>
<td>b 1430.-</td>
<td>1502.-</td>
<td>(632.-)</td>
<td>(1828.-)</td>
<td>1430.-</td>
<td>1482.-</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Mesures d'occupation ou d'insertion (</strong>* importantes; ** relativement importantes; * limitées ou inexistantes)**</td>
<td></td>
<td>exclusivement sur initiative privée</td>
<td>exclusivement sur initiative privée</td>
<td>exclusivement sur initiative privée</td>
<td>cours de langues et de formation (continue)</td>
</tr>
<tr>
<td>c variété d'activités</td>
<td></td>
<td>exclusivement sur initiative privée</td>
<td>exclusivement sur initiative privée</td>
<td>cours de langues et de formation (continue)</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

|                  |          | (++) | (++) | (++) |
| **Prise en charge médicale** |          | (++) | (++) | (++) |
| d traitement par les médecin de la Croix Rouge | obtention d'une feuille de maladie pour le traitement d'une maladie aigüe | accès au système de santé national en cas d'urgence | assurance maladie obligatoire, libre choix du médecin | assurance maladie obligatoire (LAMal), libre choix du médecin |

Les modalités des prestations n’ont pas été converties en termes quantitatifs, bien qu’elles ne soient probablement pas indifférentes aux bénéficiaires. Notons simplement qu’en Autriche et dans le Brandebourg, toutes les aides, à l’exception de l’argent de poche, sont fournies en nature ou sous forme de services (pension complète). Les autres États accordent les prestations partiellement ou entièrement en espèces. En Autriche et en Suisse, le choix de la forme des prestations dépend souvent des communes compétentes. La plupart du temps, les montants accordés sont fixes. Pour les personnes qui exercent une activité rémunérée, le salaire est pris en considération dans le calcul de l’aide versée. À l’exception de la Suisse, aucun pays analysé ne réclame le remboursement des prestations perçues, durant ou à la fin de la procédure d’asile.

Depuis plusieurs années, les mesures d’insertion ont été progressivement limitées ou abolies dans la plupart des pays. Les deux cantons suisses continuent à promouvoir la formation (continue) ou diverses occupations, en dehors des cours de langues (Tab. Ic). Comme les moyens à disposition sont limités, l’accès en reste généralement réservé aux (très) jeunes réfugiés. Les centres d’accueil danois ne proposent pas seulement des cours de danois, d’anglais, d’éducation civique etc., mais aussi de nombreuses activités culturelles et artistiques, de même que des possibilités de distractions. Au vu des informations disponibles, l’offre danoise est dans ce domaine relativement importante. Dans les trois États restants, des

---

9 Comme le niveau des prestations est en Allemagne, à la différence de la Suisse, réglementé au niveau national, il n’était pas nécessaire de présenter les deux Länder séparément.
prestations semblables sont parfois proposées sur initiative privée.

Concernant la prise en charge médicale, on observe trois cas de figure (Tab. I/d). Du point de vue des réfugiés, l'accès est optimal en Suisse et – pour ce qui est des personnes assistées par l'Etat fédéral – en Autriche, car les requérants d'asile sont affiliés à l'assurance-maladie obligatoire. Par conséquent, ils peuvent choisir librement le médecin traitant et bénéficient pratiquement des mêmes avantages que les résidents, même si certaines interventions nécessitent une autorisation préalable. Au Danemark, les réfugiés sont soignés par le personnel médical rattaché aux centres d'accueil ou par des médecins conventionnés. Le système allemand, en revanche leur permet de choisir librement un médecin pour le traitement de maladies ou douleurs aiguës. Comme les requérants d'asile ne sont pas au bénéfice d'une assurance, ils doivent cependant demander une feuille-maladie auprès d'un service social compétent, avant de consulter. La pratique en matière d'octroi de ce document semble être très variable en fonction des autorités responsables. En Italie et, en ce qui concerne les réfugiés non assistés par l'Etat fédéral, en Autriche, seuls les traitements lors d'une hospitalisation d'urgence sont pris en charge.

Pour résumer les principaux résultats concernant l'ampleur des prestations, le classement des États est présenté dans le tableau II selon les domaines considérés – assistance de base, mesures d'occupation et suivi médical. Le niveau d'assistance d'un pays est d'autant plus élevé que la somme des rangs est faible.

**Tableau II – Classement par pays pour trois domaines de l'assistance sociale**

(6 respectivement * 3 rangs)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>Danemark</th>
<th>Allemagne</th>
<th>Italie a)</th>
<th>Autriche b)</th>
<th>Berne</th>
<th>Genève</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>assistance de base / personne seule</td>
<td>4</td>
<td>3</td>
<td>(6)</td>
<td>(2)</td>
<td>5</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>assistance de base / famille</td>
<td>5</td>
<td>2</td>
<td>(6)</td>
<td>(1)</td>
<td>4</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>mesures d'occupation*</td>
<td>1</td>
<td>3</td>
<td>(3)</td>
<td>(3)</td>
<td>2</td>
<td>2</td>
</tr>
<tr>
<td>prise en charge médicale*</td>
<td>2</td>
<td>2</td>
<td>(3)</td>
<td>(1)</td>
<td>1</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>somme</td>
<td>12</td>
<td>10</td>
<td>(17)</td>
<td>(17)</td>
<td>12</td>
<td>17</td>
</tr>
<tr>
<td>classement général</td>
<td>3 ex æquo</td>
<td>2</td>
<td>(4)</td>
<td>(1 ex æquo)</td>
<td>3 ex æquo</td>
<td>1 ex æquo</td>
</tr>
</tbody>
</table>

a) L'assistance de base comprend les dépenses pour le logement. Elle est calculée sur la base d'une année.

b) Les indications ne concernent que les réfugiés bénéficiant de l'aide fédérale.

Rappelons que les résultats évoqués ne tiennent pas compte de la qualité des prestations et se limitent aux seuls domaines analysés en leur conférant une importance identique. Pour résumer, on peut noter que l'assistance est comparativement élevée dans le canton de Genève et, en ce qui concerne une minorité de réfugiés pris en charge par l'Etat fédéral, en Autriche. L'Allemagne se situe en deuxième position. Elle est d'ailleurs le seul État qui dispose d'une loi nationale fixant le niveau des prestations sociales. Au Danemark et dans le canton de Berne l'importance de l'aide est pratiquement identique. Encore une fois, il est frappant de constater que les différences internationales sont finalement moindres que les écarts en Suisse.

À l'issue de cette étude, on peut s'interroger sur l'évolution future de l'assistance dans les pays européens. Il est intéressant de noter que dans les deux pays qui ne disposent pas d'un système d'assistance global, l'Autriche et l'Italie, les barèmes ont été élevés en été 1998. L'Italie prépare d'ailleurs une grande réforme qui devrait déboucher sur une amélioration
notable des conditions matérielles d'accueil. Il n'est cependant pas certain qu'on assistera à l'avenir à un nivellement par «le haut» des différences structurelles constatées au niveau international, car de nombreux États sont tentés d'utiliser le niveau des prestations sociales à des fins de régulation de l'immigration d'asile. Pourtant l'importance réelle de l'assistance en tant que facteur attractif reste incertaine. Le FSM prépare actuellement un projet de recherche, intitulé «Déterminants du choix d'un pays d'asile» et consacré précisément à ce sujet\(^\text{10}\).
Einleitung

Hintergrund


Wie die Ergebnisse zeigen, fallen die relativen (pro Person) Betreuungskosten in der Schweiz und in Österreich wesentlich tiefer aus als in Skandinavien, was sich möglicherweise durch die Verbreitung der Erwerbstätigkeit und Besonderheiten der Aufnahme- bzw. Budgetiersysteme erklären lässt. Aus ähnlichen Gründen erweisen sich auch die durchschnittlichen Kosten für anerkannte Flüchtlinge – deren berufliche und soziale Eingliederung vielfach gezielt gefördert wird – in denselben Ländern als vergleichsweise bescheiden. Nebenbei sei bemerkt, dass im Rahmen dieser Kostenanalyse auf volkswirtschaftliche Auswirkungen der Aufnahme von Flüchtlingen sowie auf Einnahmen und Leistungen von Seiten privater Organisationen nicht zusätzlich eingegangen werden.

11 Danish Refugee Council (Liebaut & Hughes) 1997 und France Terre d’Asile 1997.
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

konnte.


Problemstellung und Auftrag


Eine vergleichende Darstellung der üblichen Sozialleistungen der nationalen Asylregime ist mindestens in dreifacher Hinsicht von Interesse:

- Die Fürsorgeausgaben machen einen wesentlichen Anteil des materiellen Aufwandes im Flüchtlingswesen aus. Wie erwähnt zeigt die Analyse des ICMPD, dass der aufgewendete Betrag – rund 93% der Gesamtkosten im Asylbereich – gegenüber den Verfahrens-

12 In der Sitzung vom 17. April 1998.
ausgaben besonders stark ins Gewicht fällt. Man mag einwenden, dass aufgrund der erbrachten Sozialleistungen nicht unmittelbar auf die effektiven Kosten geschlossen werden kann, welche je nach Qualität, Effizienz und Umfang der Aufnahmestrukturen (größenbedingte Kosteneinsparungen) variieren können. Trotzdem wird kaum jemand bestreiten, dass zwischen beiden Dimensionen zumindest ein Zusammenhang besteht.

- Seit Anfang der 90er Jahre haben mehrere Staaten Schritte unternommen, um den Umfang der Unterstützung im Asylbereich zu beschränken. Neben budgetären Beweggründen steckt hinter diesen Reformen die Überlegung, dass die Ausgestaltung und der Umfang der Unterstützung für die Wahl des Asyllandes bedeutungsvoll sind, obwohl andere Einflussfaktoren – Aussicht auf einen dauerhaften Aufenthalt, Möglichkeit, bei Verwandten zu leben, Schlepperangebote usw. – ausschlaggebender sein mögen. In diesem Sinn stehen weniger die Kosteneffizienz und Funktionsweise der Asylregime zur Debatte als die Einschätzungen von Seiten der (potentiellen) Bezieher/innen. Wie wichtig dieser Aspekt gegenüber anderen Überlegungen ist, wird vom SFM gegenwärtig in einer Studie über die «Determinanten der Wahl eines Asyllandes» erforscht.14

- Schliesslich stellt der Leistungsvergleich im Hinblick auf eine umfassende Kosten-Nutzen-Evaluation eine wichtige erste Analyse-Etappe dar, die ausserdem Hinweise für das praktische Vorgehen und auf voraussichtliche methodische Schwierigkeiten liefern kann.

Einerseits bleibt weitgehend unbestritten, dass die Abdeckung des notwendigen Lebensunterhalts nicht nur eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung eines fairen Asylverfahrens ist, sondern auch hinsichtlich einer späteren Integration für die Asylsuchenden einige Bedeutung hat. Andererseits geben gerade sozialrechtliche Bedingungen des Aufenthalts und vermuteter Missbrauch von staatlichen Mitteln in besonderem Masse Anlass zu öffentlichen Debatten und führen oft zu politisch motivierten Kontroversen, während fundierte Vergleichsmöglichkeiten für eine sachliche Entscheidungsfindung fehlen. Es ist Ziel der vorliegenden Analyse, einen Beitrag zu einer Versachlichung der Diskussion zu leisten.

**Aufbau**


Im zweiten Teil wird die Fürsorgepraxis in den einzelnen Ländern und Gliedstaaten dargestellt. Die fünf Teilberichte sind relativ einheitlich, aber nicht identisch aufgebaut, da je nach Lage spezifische Aspekte eingehender behandelt wurden. Demzufolge ist der Umfang der einzelnen Kapitel von der Komplexität der nationalen Verhältnisse abhängig. Was historische oder politische Aspekte des jeweiligen Umfelds von Asylmigrationen betrifft, wird

14 Im Juni 1998 wurde die Machbarkeitsstudie dieses Projekts abgeschlossen (Piguet 1998).

I Dimensionen des Vergleichs

1 Personenkreis

Wie jüngere Untersuchungen mehrfach zeigen, sind aussagekräftige Vergleiche um so schwieriger zu ziehen, je unterschiedlicher die nationalen Sozialsysteme aufgebaut und je vielfältiger die Statusgruppen bzw. möglichen Asylverläufe innerhalb eines Landes sind. Obwohl seit Anfang der 90er Jahre in mehrfacher Hinsicht Schritte zur internationalen Koordinierung unternommen werden (Zulassungspolitik, Dubliner Abkommen für die Zuständigkeit des Asyllandes), haben sich bisher kaum wesentliche Massnahmen zur Harmonisierung der Aufnahme und Betreuung durchsetzen lassen.


Es sei auch erwähnt, dass die Beziehungen zwischen Statusgruppen und entsprechenden Betreuungsstandards unterschiedlich ausgestaltet sind – ein zusätzlicher Hinweis dafür, dass nationale Entscheidungsträger/innen (weiterhin) selbständig über Reformen der Asylregime entscheiden. Beispielsweise haben gewisse Länder (Dk, D, CH) den gleichzeitigen oder nachträglichen Zugang der Personen unter TPS zum Asylverfahren erlaubt bzw. ermutigt, während andere (A, I) diese Möglichkeit faktisch weitgehend unterbunden haben.


16 Für anerkannte Flüchtlinge sieht das internationale Recht auch im Bereich der sozialen Sicherung Mindestgarantien vor, die sich an der Situation von länger ansässigen Ausländern oder Einheimischen orientieren.
17 Eine Ausnahme bildet der exceptional-leave-to-remain-Status in Grossbritannien, der bereits Anfang der 80er Jahre errichtet wurde.
18 Aufenthaltsgestattung, Aufenthaltsbefugnis, Duldung und Bescheinigungen gestützt auf § 69 AuslG oder ohne Rechtsgrundlagen.


Um das Leistungsniveau zu erfassen, sind alle in den Tabellen aufgeführten Angaben sowohl mit Bezug auf alleinstehende Personen als auch auf Ehepaaren mit zwei 10jährigen Kindern berechnet. Nicht eingegangen wird auf die Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen, für die in mehreren Ländern Sonderregelungen bestehen. Bei der Ausarbeitung des Forschungsplans wurde beabsichtigt, unter anderem die Situation von Flüchtlingen zu beleuchten, die bereits seit mehreren Jahren im Empfangsland leben und allenfalls sozialrechtlich bessergestellt sind als Ankömmlinge. Im Verlauf der Arbeit hat sich aber herausgestellt, dass die berücksichtigten Länder gegenwärtig kaum noch Änderungen des Sozialhilfeniveaus nach der Aufenthaltsdauer vorsehen. Demzufolge rechtfertigte sich eine Unterscheidung nach Aufenthaltsstufen nur für die Schweiz, wo in der Praxis mindestens Aufenthaltsphasen mit jeweils (leicht) unterschiedlichem Versorgungsniveau zu beobachten sind.

Aus forschungsoökonomischen Gründen wurden die materiellen und sozialen Aufenthaltsbedingungen von Flüchtlingen, die sich im Rahmen der «Flughafenverfahren» in Transitzen aufhalten oder unter administrativer bzw. strafrechtlicher Haft stehen, ignoriert. In beiden Fällen beziehen die betreffenden Personen in der Regel entweder abgesenkte oder gar keine Leistungen. Während die erste Situation meist auf eine Dauer von einigen Tagen beschränkt bleibt, kann die administrative Haft je nach Staat bis zu 18 Monaten dauern, betrifft allerdings nur eine Minderheit der Asylsuchenden. Im Text erwähnt, aber in den Tabellen nicht aufgeführt werden die Sozialhilferegime in Erstaufnahmeeinrichtungen, wo die Flüchtlinge manchmal nur wenige Stunden bis zu höchstens drei Monaten leben. 19, 20, 21

19 Der Vollständigkeit halber muss präzisiert werden, dass die (sozialrechtlich vorteilhaftere) «Aufenthaltsbefugnis» hinsichtlich der Rechtslage dem TPS-Konzept besser entspricht, in der Praxis aber nur auf eine sehr beschränkte Zahl von Schutzbedürftigen (rund 8000 Personen) angewendet wird und daher für unseren Vergleich weniger relevant ist.
21 Es stimmt zwar, dass in Dänemark der Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung bis zu 46 Wochen dauern kann, aber nur
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

unterscheiden sie sich nur in einzelnen Punkten von den späteren Aufnahmebedingungen.

2 Gegenstand


Bei der Lektüre mag der Eindruck entstehen, dass die Angaben über Finanzierungshintergründe aus dem Rahmen der übrigen Ausführungen fallen, da sie die Situation der Leistungsbezieher/innen kaum direkt berühren. Ziel dieser Informationen ist es, im Hinblick auf eine umfassendere Studie erste Hinweise auf Möglichkeiten und Grenzen

\[\text{in seltenen Fällen (durchschnittliche Aufenthaltsdauer: 4 Wochen).}\]

\[\text{Da es in Dänemark eine gesonderte medizinische Betreuung für Asylsuchende gibt und Kinder während des ersten Aufenthaltsjahres meistheimunterschule besuchen, dürfte es in diesem Fall eventuell leichter sein, die entsprechenden Kosten für Flüchtlinge zu schätzen.}\]
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende


Zu komparativen Zwecken schien es sinnvoll, möglichst typische, verbreitete Situationen aus dem jeweiligen Zusammenhang herauszulösen und in vereinfachender Weise darzustellen. Es versteht sich, dass dabei auf die nationalen Spezifitäten und Unterschiede des Kontexts nur eingegangen wird, soweit sie die Vergleichsmöglichkeiten direkt beeinflussen. Es wird absichtlich nicht die ganze Bandbreite der Aufenthaltssituationen für Migranten im Asylbereich abgedeckt.

Da in mehreren Staaten ein rechtskräftiges oder faktisches Arbeitsverbot für Asylsuchende herrscht oder Erwerbslosigkeit aus wirtschaftlichen Gründen stark verbreitet ist, schien es sinnvoll, primär die Situation von Personen mit Vollunterstützung ins Auge zu fassen. Zum Zeitpunkt der Untersuchung lässt sich die rechtliche Situation hinsichtlich der Erwerbstätigkeit folgendermassen zusammenfassen: In Dänemark und Italien unterstehen Asylbewerber/innen einem formellen Arbeitsverbot; in Österreich und seit September 1997 in Deutschland werden praktisch keine Arbeitsbewilligungen mehr erteilt, obwohl kein formelles Arbeitsverbot gilt; in der Schweiz ist der Zugang zum Arbeitsmarkt unter wesentlichen Einschränkungen (Wartefristen, Prioritätenordnung usw.) weiterhin möglich. Inwiefern Verdienstmöglichkeiten durch undeklarierte Erwerbstätigkeit echte Alternativen zur Fürsorgeabhängigkeit darstellen, konnte selbstverständlich nicht erörtert werden. 23


3 Methode und Tabellen

Wie bereits angedeutet sind neben den erwähnten Kurzbeschreibungen kaum aktuelle und systematische Unterlagen über die Fürsorgepraxis im Asylbereich vorhanden. Daher stützt sich die Untersuchung vorwiegend auf Gespräche mit zuständigen Beamten und sachkundigen Personen aus Flüchtlingsorganisationen sowie auf eine Serie reglementarischer Grundlagen, auf interne Dokumente und auf Weisungen für die Praxis. In den Interviews wurden vor allem folgende Themen angesprochen:

- Gesetzliche und reglementarische Grundlagen der Aufnahme und Fürsorge (Aufenthaltstitel, Leistungsansprüche, Rechte usw.)
- Aufnahmeorganisation und Unterbringung
- Sozialleistungen: Form und Umfang
- Eingliederungsmaßnahmen, Beschäftigungsprogramme
- Finanzierungsmodalitäten

23 Obwohl verlässliche Angaben über die illegale Beschäftigung von Asylsuchenden nicht verfügbar sind, ist aufgrund übereinstimmender Angaben von Sachverständigen anzunehmen, dass die Schwarzarbeit in Dänemark und teils in der Schweiz weniger verbreitet ist als in Deutschland, Österreich und Italien.
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

- Soziale und administrative Betreuung
- Rolle privater Organisationen
- Zugang zum Gesundheitssystem
- Ausbildungsmöglichkeiten für Kinder
- Erwerbstätigkeit


Die in den Tabellen enthaltenen Beträge beziehen sich in der Regel auf die Dauer eines Monats, wobei Tagesansätze mit 30 (nicht mit 30,5) multipliziert und Kommastellen gerundet wurden. Ausländische Währungen wurden in CHF umgerechnet und nach folgenden Kaufkraftparitäten dem schweizerischen Standard angepasst:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Kaufkraft der Währung gegenüber CHF 100—24</th>
<th>Währung</th>
<th>nach Kaufkraftparität angepasste Wechselkurse (UBS Sept. 1998) zu CHF 1—</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Dänemark 98</td>
<td>DKK</td>
<td>0.2124 (0.2167)</td>
</tr>
<tr>
<td>Deutschland 119</td>
<td>DEM</td>
<td>0.9816 (0.8249)</td>
</tr>
<tr>
<td>Italien 144</td>
<td>ITL</td>
<td>0.0012 (0.0008)</td>
</tr>
<tr>
<td>Österreich 118</td>
<td>ATS</td>
<td>0.1383 (0.1172)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

24 OECD (August 1998) Comparative price levels for may 1998 (Secretariat estimates based on quarterly consumer prices) Main Economic Indicators.
II Länderberichte

1 Dänemark


1.1 Aufenthaltstitel


1.2 Aufnahme

Bei der Ankunft werden alle Asylsuchenden in das Empfangszentrum Sandholm geführt, das...
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende


1.3 Unterstützungsleistungen

In den Gemeinschaftsunterkünften erhalten die Insass/inn/en monatlich einen Geldbetrag für die Verpflegung von DKK 1008.– pro erwachsene Person (bzw. DKK 628.– für Kinder und Jugendliche unter 18) und ein Taschengeld von DKK 832.– (bzw. DKK 132.–). Ab dem fünften Aufenthaltsmonat werden zusätzlich DKK 161.– (id. für Kinder) monatlich für Kleidung ausbezahlt, nachdem im Empfangszentrum die Möglichkeit bestand, sich erstmals einzukleiden. Im März 1997 wurde das Ausländergesetz dahin geändert, dass Asylsuchenden, welche sich im Asylverfahren nicht kooperativ zeigen,28 die Leistungen gekürzt werden: Das

---

28 Bisher wurde diese Sanktion vor allem auf Personen angewendet, die sich nicht bemühten, bei der Identitätsfeststellung
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsüchtige

Kleider- und Taschengeld wird in diesem Fall gestrichen, und anstelle von Verpflegungsbeiträgen werden Nahrungspakete verteilt.

Der Umfang der Sozialleistungen bleibt über die ganze Verfahrensdauer hinweg identisch, mit Ausnahme des Kleidergeldes, das erst nach 5 Monaten ausbezahlt wird. Leistungsanspruch haben ausschließlich bedürftige Personen. Unterstützungsleistungen werden - genau wie auch bei einheimischen Sozialhilfeempfänger/inne/n - nicht zurückgefordert. Ein geringer Anteil von Asylsuchenden lebt bei Freunden oder Familienmitgliedern, wobei das Anrecht auf materielle Unterstützung erlischt. Da die Sozialsysteme, speziell die Unterbringung, für Asylsuchende und Einheimische unterschiedlich aufgebaut sind, ist es sehr heikel, die Leistungsansätze zu vergleichen, die für erstere schätzungsweise (5 bis) 10% tiefer liegen.


Für juristische Belange, beispielsweise in Konfliktfällen, können sich Asylsuchende an Anwälte im Hauptsitz des DRK wenden, haben aber keinen Zugang zu freischaffenden Anwält/inn/en.

Die Erwerbstätigkeit ist während der ganzen Dauer des Verfahrens verboten. Illegale Arbeit ist nach mehreren Aussagen relativ selten; die Unterkunftszentren übernehmen aber keine Kontrollfunktionen in dieser Hinsicht.


29 Diese Personen werden vom DRK nicht registriert.

30 Natürlich können auch Asylsuchende aus anderen Zentren anreisen; die relativ hohen Transportkosten müssen aber aus dem Taschengeld bestritten werden.

Ein grosser Teil der ex-jugoslawischen und bosnischen Schutzsuchenden (rund 20'000) haben inzwischen entweder Asyl erhalten, oder ihr Status wurde in eine permanente Aufenthaltsbewilligung überführt. Somit ist ihre Situation sozial- und arbeitsrechtlich wie die der anerkannten Flüchtlinge und der dänischen Staatsangehörigen geregelt. Ab 1999 wird allerdings eine Änderung des Ausländergesetzes in Kraft treten, die eine Absenkung der Sozialleistungen für anerkannte Flüchtlinge vorsieht.

1.4 Finanzierung


Für 1998 beträgt die staatliche Kostenpauschale pro Flüchtling DKK 94'781, pro Jahr. Aufwendungen des DRK, welche die veranschlagten Beträge übersteigen, muss die Organisation im nachfolgenden Haushaltsjahr einsparen, da keine privaten Gelder eingesetzt werden. Deshalb sind auch die Tätigkeiten im Asylbereich organisatorisch von anderen Aktivitäten des Roten Kreuzes abgetrennt. Falls die Ausgaben aus externen Gründen steigen, beispielsweise, weil die Anzahl von airdskranken Flüchtlingen zunimmt, verfügt das DRK immerhin über die Möglichkeit, vom Staat zusätzliche Mittel einzufordern. Über die letzten Jahre hinweg wurden die Richtsätze allerdings mehrmals reduziert, was zu notwendigen Abstrichen im Betreuungsbereich führte.

Die Aufnahme und Unterstützung von Asylsuchenden und Personen unter TPS ist landesweit

31 Das heisst, TPS-Flüchtlinge und Asylsuchende waren in getrennten Aufnahmenzentren untergebracht, was gegenwärtig nicht mehr der Fall ist.
32 Die Novellierung sieht ebenfalls eine 3jährige Wohnortszuweisung sowie Einschränkungen des Familiennachzugs vor. Als "Verbesserung" kann die Absicht gedeutet werden, anerkannte Flüchtlinge nicht in provisorischen Unterkünften, sondern bereits in den ersten Monaten in Privatwohnungen unterzubringen.
33 Obwohl die Zahl der betreuten Personen sich gegenüber dem Vorjahr drastisch reduziert hat (von 20'000 auf 4000 Personen), wurde 1998 die Pauschale gegenüber dem Vorjahr nicht angehoben.

Regelmäßige staatliche Leistungen:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Art</th>
<th>Modalität</th>
<th>Dauer</th>
<th>Beträge oder Wohnanmen</th>
<th>finanziert durch</th>
<th>bezogen bei</th>
<th>Abgeltungsmodus</th>
<th>Bemerkungen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Hausmiete Nebenkosten Energie</td>
<td>Sachleist.</td>
<td>variabel</td>
<td>ganzer Aufenthalt</td>
<td>min. 5m² + 2.5 m² h. / Person in Schlafzimmern</td>
<td>Innenministerium (Immigrationsdienst)</td>
<td>id.</td>
<td>die Zentren werden von Immigrationsdienst des Innenministeriums gemietet oder gekauft, aber vom DRK betrieben und unterhalten</td>
</tr>
<tr>
<td>medizinische Versorgung</td>
<td>Sachleist.</td>
<td>variabel, (je nach Bedarf)</td>
<td>id.</td>
<td>DKK 161 / CHF 34</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Gesamtpauschalen/Jahr /Person an DRK sein Versorgung intern</td>
</tr>
<tr>
<td>Kleider</td>
<td>bar (Sachleistung)</td>
<td>Gutscheine bei der Ankunft</td>
<td>bar nach 5 Monaten</td>
<td>DKK 1008 / CHF 214</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>DKK 94781 / (Budget 1998) CHF 20'131 gesamt bei der Ankunft können Kleider mit einem Punktesystem erworben werden</td>
</tr>
<tr>
<td>Nahrung</td>
<td>bar</td>
<td>(Sachleistung in Erstaufnahme)</td>
<td>id.</td>
<td>DKK 832 / CHF 177</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Versorgung usw. ein)</td>
</tr>
<tr>
<td>Hygiene, ähnliches</td>
<td>bar</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>begrenzter Zugang zu DRK-Beratung</td>
</tr>
<tr>
<td>Transport</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>keine freie Wahl des Anwalts</td>
</tr>
<tr>
<td>Taschengeld</td>
<td>bar</td>
<td>id.</td>
<td>√ DKK 832 / CHF 177</td>
<td>√ Σ DKK 2001 (bar)</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Vielfalt von Sprach- und anderen Kursen, künstl. Aktivitäten</td>
</tr>
<tr>
<td>juristischer Beistand</td>
<td>Dienstl.</td>
<td>variabel</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 425</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Betreuung, Beratung</td>
<td>Dienstl.</td>
<td>variabel, keine fixen Schlüssel</td>
<td>id.</td>
<td>je nach Zentrum</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Integrations- und Beschäftigungsmaßnahmen</td>
<td>Dienstl.</td>
<td>variabel</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

1 Hinweise zur Lektüre der Tabellen sind in Kapitel I 3 nachzulesen.

Regelmässige staatliche Leistungen:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Art</th>
<th>Modalitäten</th>
<th>Dauer</th>
<th>Beträge oder Wohnumren</th>
<th>finanziert durch</th>
<th>bezogen bei</th>
<th>Abgeltungsmodus</th>
<th>Bemerkungen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Hausmiete</td>
<td>Sachleist.</td>
<td>variabel</td>
<td>ganzer Aufenthalt</td>
<td>min. 5m² + 2.5 m³ h. / Person in Schlafraum</td>
<td>Innenministerium (Immigrations-dienst)</td>
<td>id.</td>
<td>die Zentren werden vom Immigrationsdienst des Innemisteriums gemietet oder gekauft, aber vom DRK betrieben und unterhalten</td>
</tr>
<tr>
<td>Nebenkosten</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Energie</td>
<td>Sachleist.</td>
<td>variabel</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>medizinische Versorgung</td>
<td>Sachleist.</td>
<td>variabel (je nach Bedarf)</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>medizinische Versorgung intern</td>
</tr>
<tr>
<td>Kleider</td>
<td>bar</td>
<td>Sachleist.</td>
<td>bar nach 5 Monaten</td>
<td>CHF 644</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>Gesamtpauschalen /Jahr /Person an DRK</td>
</tr>
<tr>
<td>Nahrung</td>
<td>bar</td>
<td>(Sachleistung in Erstaufnahmzeit)</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 693</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>DKK 94781 (Budget 1998)</td>
</tr>
<tr>
<td>Hygiene, ähnliches</td>
<td>bar</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>bei der Ankunft können Kleider mit einem Punktesystem erworben werden</td>
</tr>
<tr>
<td>Transport</td>
<td>bar</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Taschengeld</td>
<td>bar</td>
<td></td>
<td>CHF 409</td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>begrenzter Zugang zu DRK-Beratung</td>
</tr>
<tr>
<td>juristischer Beistand</td>
<td>Dienstl.</td>
<td>variabel</td>
<td>id.</td>
<td>√ DKK 1928</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>keine freie Wahl des Anwalt</td>
</tr>
<tr>
<td>Betreuung, Beratung</td>
<td>Dienstl.</td>
<td>variabel, keine fixen Schlüssel</td>
<td>id.</td>
<td>√ DKK 5844 (bar)</td>
<td>CHF 1241</td>
<td>id.</td>
<td>Vielfalt von Sprach- und anderen Kursen, künstl. Aktivitäten</td>
</tr>
<tr>
<td>Integrations- und Beschäftigungsmassnahmen</td>
<td>Dienstl.</td>
<td>variabel</td>
<td>je nach Zentrum</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
</tr>
</tbody>
</table>
2 Deutschland


2.1 Aufenthaltstitel


Nach § 55 des Asylverfahrensgesetzes.


2.2 Aufnahme

Die ankommenden Asylbewerber/innen werden vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge nach einem Verteilungsschlüssel den Ländern zugeteilt und während maximal drei Monaten in sogenannten Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht. Kostenträger sind die Länder, welche die Einrichtungen teilweise selbst betreiben oder aber die Leitung an Wohlfahrtsverbände delegieren.


2.3 Unterstützungsleistungen


37 Dabei kann es sich um Personen handeln, die nachgewiesenemassen politisch verfolgt sind, aber kein Anrecht auf Asyl im engen Sinn haben, weil sie beispielsweise über einen sicheren Drittstaat eingereist sind und dahin nicht abgeschoben werden können.

38 Die computergesteuerte Zufallszuweisung der neu eingehenden Gesuche erfolgt im 5-Minuten-Takt!

39 Ursprünglich war eine Differenz von 20% festgelegt worden. Da allerdings die Ansätze des AsylblG seit 1993
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende


Die Debatte erinnert an eine ähnliche Diskussion rund um das Thema Missbrauch, die etwa zum gleichen Zeitpunkt in der Schweiz stattfand, aber nicht den Zugang zu Pflegeleistungen, sondern zum Asylverfahren an sich betraf (vgl. DBB vom 1.7.1998).

unverändert blieben, während die des BSHG der Teuerung angepasst wurden, hat sich die Abweichung auf rund 26% erweitert. Diese Zahlen beziehen sich allerdings allein auf die monatlichen Leistungen. Sie tragen der Tatsache, dass nur das BSHG wiederkehrende Bekleidungshilfen vorsieht, nicht Rechnung.

40 Dies trifft beispielsweise auf jene Personen zu, die im Besitz einer Aufenthaltsbewilligung (vgl. Aufenthaltsstatus) waren und diese inzwischen verloren haben.


42 Die Debatte erinnert an eine ähnliche Diskussion rund um das Thema Missbrauch, die etwa zum gleichen Zeitpunkt in der Schweiz stattfand, aber nicht den Zugang zu Pflegeleistungen, sondern zum Asylverfahren an sich betraf (vgl. DBB vom 1.7.1998).
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

Bürgerkriegsflüchtlingen betreffen könnte, was durch erste Bescheide aus Sozialämtern offenbar bestätigt wird.


Ausserordentliche Hilfen werden zur Deckung besonderer Bedürfnisse von Kindern (Schulreisen, Lager usw.) oder für die Erfüllung einer verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht (Transportausgaben) ausbezahlt. In diesem Zusammenhang kann erwähnt werden, dass für die Versorgung minderjähriger unbegleiteter Kinder im Rahmen der Jugendhilfe (nach Sozialgesetzbuch 8) bundesweit eine Sonderregelung besteht. Kinder unter 16 Jahren müssen in gesonderten Einrichtungen untergebracht werden und bedürfen einer spezifischen Betreuung.

Schliesslich sei angemerkt, dass in Gemeinschaftsunterkünften manchmal die Möglichkeit besteht, Tätigkeiten zur Betreibung der Einrichtung oder gemeinnützige Arbeiten im öffentlichen Bereich gegen eine Entschädigung von DEM 2.-- pro Stunde zu verrichten. Die Verpflichtung, übliche Tätigkeiten zur Selbstversorgung (Kochen, Waschen, Putzen der eigenen Räume usw.) zu übernehmen, bleibt davon unberührt. Die genannten Arbeitsgelegenheiten sind auf maximal 20 Stunden pro Woche beschränkt; sie können unter Umständen als Gefahr für potentielle Arbeitsplätze der einheimischen Bevölkerung verstanden werden. Bei unbegründeter Ablehnung von gemeinnützigen Tätigkeiten entfällt jeglicher Leistungsanspruch.43


Um näher auf konkrete Situationen der Leistungsbezieher/innen und auf die Finanzierung des Aufnahmesystems einzutreten, schien es sinnvoll, die weitergehende Darstellung auf die Praxis der Länder abzustützen. Ausgewählt wurden zwei Länder, die sich in mehrfacher

43 Die Krankenversicherung wird je zur Hälfte durch die Sozialpartner, die Pflegeversicherung durch die Arbeitnehmer, die Unfallversicherung durch die Arbeitgeber finanziert. Familienmitglieder sind in der Regel über erwerbsfähige Angehörige versichert. Für Sozialhilfeempfänger werden entweder Versicherungsbeträge geleistet oder nur entstehende Realkosten übernommen (Asylsuchende).
44 Bis zur Novellierung vom 1.9.1998 bestand die Sanktion in einer Kürzung des Taschengeldes.

35
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

Hinsicht unterscheiden: Brandenburg und Hessen.

2.4 Das Bundesland Brandenburg


45 Konkret: beide Länder sind verwaltungspolitisch unterschiedlich organisiert (2- bzw. 3stufig); Brandenburg ist ein neues, Hessen ein altes Bundesland; das Volkseinkommen in Hessen ist doppelt so hoch wie in Brandenburg.
46 Die Revision der Arbeitserlaubnisverordnung sieht ein zweijähriges Arbeitsverbot für Asylsuchende vor.
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

beteuern, dass die Gemeinschaftszentren mehrheitlich von Frauen und Kindern bewohnt werden, während alleinstehende Männer und Familienväter oft de facto ausserhalb der vorgesehenen Unterkünfte leben, obwohl sie den Landkreis nicht verlassen dürfen. Berufstätigen, die für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen können, werden entsprechende Leistungen gekürzt. Finanzielle Unabhängigkeit berechtigt nur Geduldete, nicht aber Asylsuchende, zum Verlassen der Gemeinschaftsunterkunft.

Finanzierung: Nach Bestimmungen der Kostenerstattungsverordnung übernimmt das Land praktisch die gesamten Aufnahmekosten sowohl für Asylsuchende als auch für Geduldete. Bei Geduldeten werden die Kosten für maximal 4 Jahre getragen und gehen dann zur Last der Kommunen, bei Asylsuchenden über die ganze Dauer des Verfahrens hinweg.


2.5 Das Bundesland Hessen

In Hessen werden gegenwärtig ungefähr 50'000 Asylsuchende und 22'000 geduldete bosnische Flüchtlinge registriert. Rund die Hälfte der Personen, die an Ort und Stelle ein Asylgesuch einreichen (Flughafen Frankfurt), werden in der Folge anderen Bundesländern zugeteilt. Das Hessische Gesetz über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge sieht eine Verteilung der Asylsuchenden, nicht aber der geduldeten Personen auf die Landkreise und Gemeinden vor. Der Aufenthalt in Erstaufnahmезentren, die vom Land betrieben werden,


Das Land beabsichtigt, ungefähr 85% der effektiven Ausgaben der Kommunen abzudecken, wobei diese Grössenordnung nicht festgeschrieben steht. Die Pauschalen bewegen sich zwischen DEM 726.– und DEM 1026.– pro Person und Monat. Diese Beträge umfassen alle anfallenden Auslagen, inklusive Unterkunft, übrige Grundleistungen, Taschengeld und Betreuung. Für die Verwaltungskosten müssen die Kommunen aufkommen. Die Aufwendungen für die Unterbringung werden auf rund 45% der Gesamtpauschalen geschätzt; die Entlohnung der Betreuer/innen auf durchschnittlich 4%, was ungefähr einer Person auf 150 Flüchtlinge in städtischen bzw. auf 100 in ländlichen Gebieten gleichkommt.

Für Asylbewerber, deren Gesuch rechtskräftig abgelehnt worden ist, werden die Kosten noch über maximal zwei Jahre hinweg vom Land übernommen. Offenbar können aber die meisten Personen nach dieser Dauer zumindest teilweise für ihren Lebensunterhalt aufkommen, da sie erwerbstätig sind. Eine Ausnahmeregelung bezüglich der Finanzierung herrscht für unbegleitete Minderjährige, deren Unterhalts- und Betreuungskosten im Rahmen der Jugendhilfe vom Land vollumfänglich übernommen werden. Ferner erstattet das Land die

---

19 Die Flüchtlinge sind während maximal einer Woche in Zweier-, Vierer- oder Sechserzimmern bei Vollverpflegung untergebracht.
20 März und November 1996.
Aufwendungen für die gesundheitliche Versorgung von Asylsuchenden zurück, soweit diese den Betrag von DEM 20'000.-- je Person und Kalenderjahr übersteigen.

Es scheint noch etwas verfrüht, die Auswirkungen der Pauschalfinanzierung und die Zufriedenheit der Beteiligten mit dieser Regelung zu beurteilen. Nach Aussagen des verantwortlichen Informanten sind gewisse Kommunen mit dem System offensichtlich zufrieden, während andere es mit der Begründung ablehnen, die Pauschalen seien nicht ausreichend.

2.6 Kurzvergleich der beiden Bundesländer


Im Unterschied zu Brandenburg übernimmt der hessische Staat – wie die meisten übrigen Bundesländer – nur einen Teil der anfallenden Kosten im Asylbereich, wobei für die Kreise und Kommunen die Betreuung der geduldeten Ausländer/innen vollumfänglich, für die der Asylbewerber/innen teilweise aufkommen müssen. Beide Bundesländer haben im Verlauf des vergangenen Jahres unterschiedliche pauschalierte Kostenerstattungsformen eingeführt, welche die Abrechnung vereinfachen und die verantwortlichen Behörden zu einem sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln bewegen sollen. In diesem Zusammenhang bemerkenswert ist im brandenburgischen Modell die Erstattungsmodalität der Sozialleistungspauschale, die jeweils den Realausgaben des Vorjahres angepasst wird.

<table>
<thead>
<tr>
<th>Brandenburg</th>
<th>Hessen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Anteil der AS:</td>
<td>3,5% (nach Verteilungsschlüssel)</td>
</tr>
<tr>
<td>Bestand: 9000 Asylsuchende und Geduldete</td>
<td>50'000 Asylsuch. u. 22'000 Geduldete</td>
</tr>
<tr>
<td>Regelungen:</td>
<td>Richtlinien Land (Landesaufnahmegesetz, Rundbrief Erstattungs- und Verteilungsverordnung)</td>
</tr>
<tr>
<td>TPS: Möglichkeit einer Verteilung (innerhalb Land)</td>
<td>weitgehende Freiheit der Kommunen</td>
</tr>
<tr>
<td>Leistungsformen: fast ausschließlich Sachleistungen</td>
<td>TPS: kein Verteilungsschlüssel</td>
</tr>
<tr>
<td>Unterkunft: Gemeinschaftszentren</td>
<td>überwiegend Geldleistungen für Nahrung</td>
</tr>
<tr>
<td>Finanzierung: vollständige Kostenerstattung durch das Land</td>
<td>2/3 in Gemeinschaftszentren 1/3 privat</td>
</tr>
<tr>
<td>pauschalierte Finanzierung (1997)</td>
<td>rund 85%ige Kostenerstattung durch das Land</td>
</tr>
<tr>
<td>Kostenerstattung für AS und TPS</td>
<td>pauschalierte Finanzierung (id.)</td>
</tr>
<tr>
<td>---</td>
<td>---</td>
</tr>
<tr>
<td>Kostenerstattung für AS</td>
<td>***</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das AsylbLG bindende Mindestnormen\textsuperscript{52} zur Unterstützung von Asylsuchenden und geduldeten Personen erlässt, die von den Anspruchsberechtigten prinzipiell eingeklagt werden können. Unterschiede bei der Umsetzung der Vorgaben ergeben sich aus der Perspektive der Bezieher/innen hinsichtlich Unterkunftsbedingungen und der Leistungsformen. So lässt sich beispielsweise bei Essenspaketen der tatsächliche Wert der Waren nicht immer nachweisen. In Brandenburg waren bis vor einem Jahr die Asylsuchenden teilweise verpflichtet, Lebensmittel und andere Artikel in heiminternen Geschäften oder Magazinen zu beziehen, wobei sich diese Versorgung als wenig effizient und für die Käufer/innen als zu teuer erwies.\textsuperscript{53}

Im Allgemeinen spielen unabhängige private Organisationen hinsichtlich der Unterstützung eine untergeordnete Rolle. Sie bieten in der Regel kostenlose Beratung an und leisten in Ausnahmefällen auch finanzielle Hilfe. Im Auftrag des Staates übernehmen sie ausserdem oft Betreuungsaufgaben oder betreiben Aufnahmeeinrichtungen.


\textsuperscript{52} Im Unterschied zu den Ansätzen des BSHG sind diese Normen landesweit einheitlich geregelt, das heisst, sie werden den ortsüblichen Lebenshaltungskosten nicht angepasst.

\textsuperscript{53} Gerichtsurteile räumten ein, dass andere Sozialhilfeempfänger/innen im Unterschied zu Asylsuchenden die Möglichkeit haben, in Billigläden einzukaufen.
### Regelmäßige Leistungen:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Posten</th>
<th>Art</th>
<th>Modalitäten</th>
<th>Leistungsdauer</th>
<th>Beträge</th>
<th>finanziert durch</th>
<th>bezogen bei</th>
<th>Abgeltungsmodus</th>
<th>Bemerkungen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Unterkunft, Nebenkosten</td>
<td>Sachleistung</td>
<td>variabel</td>
<td>bis Ausreise oder Regelung des Aufenthalts</td>
<td>Wohnraum min. 6 m² pro Person 211 + 50 = 261 + CHF 256 (Instandhaltungskosten)</td>
<td>praktisch 100% durch das Land Brandenburg aber gesamte Kostenersstattung durch das Land auf max. 4 Jahre beschränkt, danach: Kreise/ Kommunen die Kosten</td>
<td>kommun. Sozialämter gelegen, Kreissozialamt</td>
<td>pauschalisiert (Unterkunftspauschale nach Landkreis unterschiedlich) id. Effektive Kosten (kein Versicherungsbeitrag) id. Sozialleistungs- schutz mit Berücksichtigung Realkosten Grundleistungen nach AsylLG 3</td>
<td>Beträge nach AsylLG sind seit 1993 konstant</td>
</tr>
<tr>
<td>Krankenkasse/Sozialversicherung</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Kleider</td>
<td>Wertgutscheine (teils Sachleistung)</td>
<td>id.</td>
<td>✓</td>
<td>✓ DEM 360 CHF 353</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Nahrung</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>✓</td>
<td>✓</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Hygiene und Ähnliches</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>✓</td>
<td>✓ DEM 400 (ohne Unterk.)</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Transport</td>
<td>Sachleistung/bar</td>
<td>variabel</td>
<td></td>
<td>CHF 432</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Taschengeld</td>
<td>bar</td>
<td>id.</td>
<td>✓ DEM 80 CHF 79</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>juristischer Beistand 4</td>
<td>(Dienstleistung)</td>
<td>id.</td>
<td>✓</td>
<td>✓</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Beratung/Betreuung</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>1 Sozialberater für 78 Flüchtlinge</td>
<td>id.</td>
<td>1:1</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Betreuungspauschale</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Andere: gelegentliche Sachleistungen, Hilfen</td>
<td>Sachleistung oder gelegentlich bar</td>
<td>variabel nach Bedürfnis</td>
<td>id.</td>
<td>variabel</td>
<td>Land Brandenburg Sozialamt Gemeinde/Kreis</td>
<td>Pauschalisiert mit Anpassung unter „Sonstiges“; Schulfahren usw. 6</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Andere: gemein. Arbeiten in Gemeinschaftsunterk. 7</td>
<td>bar</td>
<td>variabel</td>
<td>id.</td>
<td>DEM 2.– / Std.</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td>Entschädigung für Arbeit in Gemeinschaftsunterkunden (zusätzlich zum Taschengeld)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

1 Eigentlich handelt es sich um die laufenden Instandhaltungskosten (Mieten), die Investitionen in ehemalige Garnisonunterkünfte nicht einbeziehen.

2 Hier wird ein Durchschnittswert angegeben. Die nach Landkreis unterschiedlich hohen Unterkunftspauschalen ergeben sich vorwiegend aus der Situation der langjährigen Verträge, die mit den Betreibern der Gemeinschaftsunterkünfte ausgearbeitet worden waren. Eine Angleichung der Unterschiede wird langfristig angestrebt.

3 Dieser Betrag schließt die Elektrizität/Nebenkosten ein, die abgezogen werden müssen, wenn sie unter den Unterhaltskosten aufgeführt werden.

4 Soweit er nicht Verfahrensfragen betrifft.

5 Der juristische Beistand wird bei Auseinandersetzung mit behördlichen Verfahren leistungsfähig schlecht genutzt. In der Praxis wird diese Regel überwiegend umgesetzt.

6 Unter der Rubrik „Sonstiges“ wird den Landkreisen ein Betrag zu den Grundleistungen abgegolten, der für Personen mit besonderen Bedürfnissen, Bedürfnissen und Beschwerden vorgesehen ist (zusätzlich zu Gesundheitsabgaben).

7 Je nach Betreuung können sportliche, kulturelle oder weiterbildende Maßnahmen angeboten werden.
### Regelmässige Leistungen:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Posten</th>
<th>Art</th>
<th>Modalitäten</th>
<th>Leistungsdauer</th>
<th>Beträge</th>
<th>finanziert durch</th>
<th>bezogen bei</th>
<th>Abgeltungsmodus</th>
<th>Bemerkungen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Unterkunft</td>
<td>Sachleistung</td>
<td>variabel</td>
<td>bis Ausreise oder Regelung des Aufenthalts</td>
<td>Wohnraum min. 6m² pro Person</td>
<td>844+200=1044 CHF 1025 (Instandhaltungskosten)</td>
<td>praktisch 100% durch das Land Brandenburg</td>
<td>komm. Sozialämter gelegen, Kreissozialamt</td>
<td>pauschaliert (Unterkunftspauschalen und landesweit unterschiedlich)</td>
</tr>
<tr>
<td>Nebenkosten</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Elektrizität</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Krankenkasse/Sozialversicherung</td>
<td>Dienstleitung</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Kleider</td>
<td>Wertgutscheine</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>(teils Sachleistung)</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Nahrung</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Hygiene und Ähnliches</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Transport</td>
<td>Sachleistung/bar</td>
<td>variabel</td>
<td></td>
<td></td>
<td>CHF 1502</td>
<td>id.</td>
<td>Realkosten bei Behandlung</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Taschengeld</td>
<td>bar</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td>✓ CHF 240</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>für 10jährige DEM 40 nach AsylLG CHF 39</td>
</tr>
<tr>
<td>juristischer Beistand</td>
<td>(Dienstleitung)</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td>✓ CHF 236</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Beratung/Betreuung</td>
<td>Dienstleitung</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td>1 Sozialberater für 78 Flüchtlinge</td>
<td>id.</td>
<td>Betreuungspauschale</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Andere: gelegentliche</td>
<td>Sachleistung</td>
<td>variabel</td>
<td>nach Bedürfnis</td>
<td>id.</td>
<td>Land Brandenburg</td>
<td>Id.</td>
<td>pauschaliert mit Anpassung</td>
<td>unter „Sonstiges“, Schuldfahrten</td>
</tr>
<tr>
<td>Sachleistungen, Hilfen</td>
<td>geleg. bar</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

---

1. Eigentlich handelt es sich um die laufenden Instandhaltungskosten (Mieten), die von den Investitionen in ehemalige Garnisonsunterkünfte abhängen.
3. Dieser Betrag schließt die Elfkost/Nebenkosten ein, die abgezogen werden müssen, wenn sie nicht unter den Unterhaltskosten aufgeführt werden.

II 2 Deutschland

Regelmässige Leistungen:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Posten</th>
<th>Art</th>
<th>Modalitäten</th>
<th>Leistungsdauer</th>
<th>Beträge od. Wohnumstand</th>
<th>finanziert durch</th>
<th>bezogen bei</th>
<th>Abgeltungsmodus</th>
<th>Bemerkungen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Unterkunft</td>
<td>Sachleistung</td>
<td>variabel</td>
<td>&quot;</td>
<td>6m² Wohnfläche + 3m² Nebenkosten + Bewegungskosten (TM 368 bis DM 543)</td>
<td>Land (evtl. Teil Kommune)</td>
<td>id.</td>
<td>pro Pers./Monat (4 Pauschalsätze für 1998-2000)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Nebenkosten</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>Kommune (soweit &gt; DM 20000 Land)</td>
<td>id.</td>
<td>Die Kostenerstattung ist auf längstens 2 Jahre begrenzt.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Elektrizität</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>Kommune (evtl. Teil Kommune)</td>
<td>id.</td>
<td>(Eine spezifische Regelung herrscht für unbegleitete Minderjährige, deren Unterhaltssumme im Kostenrahmen der Jugendhilfe)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Andere</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>kein fixer Betreuungsschlüssel</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesundheitsversorgung</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Kleider</td>
<td>Sachl. Oder bar</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Nahrung</td>
<td>Bar</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Hygiene und ähnliches</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Transport</td>
<td>-</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Taschengeld</td>
<td>Bar</td>
<td>id.</td>
<td>&quot;</td>
<td>√ DEM 80 CHF 79</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>(Eine spezifische Regelung herrscht für unbegleitete Minderjährige, deren Unterhaltssumme im Kostenrahmen der Jugendhilfe)</td>
</tr>
<tr>
<td>juristischer Beistand</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td>√ DM 440 cash (ohne Unterk.)</td>
<td>private Organisationen</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Beratung/Betreuung</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>1 Betreuer/in für 100-150 Flüchtlinge</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>vollumfänglich zu Lasten des Landes gehen.</td>
</tr>
<tr>
<td>Eingliederungs-</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>massnahmen</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

1 Zu den Bewegungsschläflich zählen insbesondere Aufenthaltsräume, Küchen, Sanitärräume und Flure. Quelle: Landesverordnung über die Unterbringung.
2 Diese Beträge entsprechen 45% der Gesamtpauschalen (=von Land übernommener Betrag + 15%).
3 Daher wird es auch falsch, genannte Unterkunftskosten und den Fixbetrag für Grundleistungen (360 bzw. 310) zu addieren.
4 Soweit es nicht Verfahrensfragen betrifft.

II 2 — Deutschland
### Regelmäßige Leistungen:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Leistung</th>
<th>Art</th>
<th>Modalitäten</th>
<th>Leistungsdauer</th>
<th>Beträge</th>
<th>finanziert durch</th>
<th>bezogen bei</th>
<th>Abgeltungsmodus</th>
<th>Bemerkungen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Unterkunft</td>
<td>Sachleistung</td>
<td>variabel</td>
<td>Ausreise od.</td>
<td>Siehe oben</td>
<td>Land (evt. Teil</td>
<td>Sozialämter der Kommunen</td>
<td>Pauschalen zwischen DEM 726 und 1026 Land</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Elektrizität</td>
<td>Dienstung</td>
<td>id.</td>
<td>Aufenthaltsregelung</td>
<td></td>
<td>Kommune (soweit &gt; DEM 20'000 Land) CHF 1263</td>
<td>id.</td>
<td>pro Pers./Monat (4 Pauschalansätze für 1998 - 2000)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>(Krankenkasse/Sozialver-sicherung)</td>
<td>Sachleistung</td>
<td>id.</td>
<td>bar</td>
<td>CHF 1266</td>
<td>Land (evt. Teil Kommune)</td>
<td>id.</td>
<td>Die Kostenerstattung ist auf längstens 2 Jahre begrenzt.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Kleider</td>
<td>Sachleistung</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 1266</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Die Kostenerstattung ist auf längstens 2 Jahre begrenzt.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Nahrung</td>
<td>Dienstung</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Die Kostenerstattung ist auf längstens 2 Jahre begrenzt.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Hygiene und ähnliches</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 1266</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Die Kostenerstattung ist auf längstens 2 Jahre begrenzt.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Transport</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 1266</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Die Kostenerstattung ist auf längstens 2 Jahre begrenzt.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Taschengeld</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 1266</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Die Kostenerstattung ist auf längstens 2 Jahre begrenzt.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>juristischer Beistand</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 1266</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Die Kostenerstattung ist auf längstens 2 Jahre begrenzt.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Beratung/Betreuung</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>id.</td>
<td>1 Betreuer/in für 100-150 Flüchtlinge</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Jugendhilfe vollumfänglich zu Lasten des Landes gehen.</td>
<td>kein fixer Betreuungsschluss</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Eingliederungsmassnahmen</td>
<td>keine</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Die Kostenerstattung ist auf längstens 2 Jahre begrenzt.</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>
3 Italien

3.1 Hintergrund


54 Die zwei ersten Artikel des Gesetzes wurden Ende Juli 1998 in einer der Parlamentskammern akzeptiert, aber die Senatsdiskussion musste wegen unzureichender Präsenz auf September verschoben werden. Mehrere Beobachter äussern die Befürchtung, dass die auf den Herbst angesetzte Diskussion des umstrittenen Steuergesetzes die Asyldiskussion erneut überdrängen könnte.

55 In geringerem Maße hat möglicherweise auch die Umsetzung der neuen Immigrationsregelungen (ab Juli) zu diesem Anstieg beigetragen. Bis Ende Jahr wird mit 6000 Asylgesuchen gerechnet, was einer dreißigfachen Zunahme im Vergleich zu den Vorjahren entspricht.
3.2 Aufenthaltstitel


Ein Aufenthaltsrecht aus humanitären Gründen wurde auch zahlreichen somalischen, albanischen (*protezione temporanea*) und kurdischen Flüchtlingen gewährt, allerdings ohne Unterstützungsleistungen. Dieser Status ist in vielen Fällen weiterhin gültig.

In der Vergangenheit wurden wiederholt Amnestien (*sanatorie*) ausgesprochen, die sowohl Asylsuchenden als auch illegal anwesenden Personen prinzipiell ermöglichten, ihre Situation zu regularisieren. In vielen Fällen war eine regelmässige Beschäftigung Voraussetzung für den Erhalt einer Bewilligung, oft konnten aber auch Arbeitssuchende ihren Aufenthalt (vorläufig) legalisieren.

3.3 Aufnahme

Aus der italienischen Verfassung wird der Grundsatz abgeleitet, dass der Staat mittellose Personen unabhängig vom jeweiligen Aufenthaltsstatus im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen hat. Nach weiterhin gültiger Gesetzgebung wurde diese Verpflichtung 1977 den
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende


57 Private Vereinigungen können sich auf öffentliche Ausschreibungen hin mit spezifischen Aufnahmekonzepten bewerben. Die Gemeinde Rom wählt die interessantesten Projekte aus und schliesst mit der Trägerschaft einen Leistungsvertrag ab.

3.4 Unterstützungsleistungen


Nach Angaben des Innenministeriums beantragen ungefähr 90–95% der Flüchtlinge Hilfeleistungen. Vertreter/innen aus Behörden (Innenministerium) und Flüchtlingsorganisationen (CIR) gehen allerdings darin einig, dass der Umfang der
Unterstützung selbst in günstigen Fällen ungenügend ist, da die Hilfe eine Zeitspanne abdeckt, die wesentlich kürzer ist als gegenwärtig die durchschnittliche Verfahrensdauer. Das neue Asylgesetz sieht daher eine Ausdehnung der Leistungsduer über das ganze Verfahren hinweg vor. Zukünftig sollen aber vom Innenministerium keine Geldbeträge mehr direkt an Asylsuchende ausbezahlt werden. Vielmehr ist geplant, die Fürsorge gegen Entschädigung den Kommunen zu übertragen, wobei diese verpflichtet werden, die Flüchtlinge materiell zu unterstützen bzw. in Zusammenarbeit mit Hilfswerken oder selbständig Aufnahmemöglichkeiten bereitzustellen.

Abgesehen von der Behandlung im Fall einer Schwangerschaft ist die medizinische Versorgung (bisher) ausschließlich für Notfälle gesichert, wobei die Kosten vom Staat (Gesundheitssystem) übernommen werden. Dazu sei bemerkt, dass bisher selbst ausländische Arbeiter/innen nicht ohne Weiteres in die staatliche Grundversorgung eingebunden werden konnten. Das neue Asylgesetz sieht die Aufnahme der Asylsuchenden ins nationale Gesundheitssystem vor.


### 3.5 Erwerbstätigkeit


60 Auf dem Papier besteht der Zugang der Asylsuchenden zum Gesundheitssystem bereits, konnte aber in der Praxis nicht umgesetzt werden (Schwierigkeiten bei der Adressregistrierung). Ein grosser Teil der italienischen Bevölkerung verfügt über private Zusatzversicherungen, da zahlreiche Einheimische die Wartezeiten im öffentlichen Gesundheitssystem als sehr lang und die Versorgung als unzureichend betrachten.
61 Nachdem der Autor beide Erklärungsmöglichkeiten beleuchtet hat, tendiert er die erste zu bevorzugen. «The role of the underground economy in irregular migration to Italy: cause or effect?» in Journal of Ethnic and Migration Studies Vol. 24 Nr. 2 April 1998.
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

Bei Amnestien ist die Deklarierung der Erwerbstätigkeit manchmal Voraussetzung für die Regularisierung des Aufenthaltsstatus, wobei Arbeitgeber/innen oft nicht bereit sind, bestehende Anstellungsverhältnisse zu offizialisieren.

3.6 Private Organisationen

Auf die Bedeutung von privaten Organisationen wurde in Zusammenhang mit der Aufnahme bereits hingewiesen. Wohlfahrtsverbände, kirchliche und andere Vereinigungen spielen beispielsweise in Rom, wo staatliche Strukturen ungenügend entwickelt sind, subsidiär eine wichtige Rolle. In südlichen Landesteilen fehlen teilweise öffentliche Aufnahmemöglichkeiten vollkommen oder werden jeweils notfallmäßig in Schulen oder Kasernen errichtet.


3.7 Finanzierung

Die Geldleistungen werden vom Innenministerium finanziert und über die lokalen

\(^4\) Die beiden Kategorien wurden bisher in Italien weniger unterschiedlich behandelt als in Ländern, wo nur die Integration von anerkannten Flüchtlingen gezielt gefördert wird.

\(^4\) Die Europäische Kommission verlangt prinzipiell, dass die Projekte (zur Beratung, Unterbringung, Arbeitsintegration usw.) von öffentlichen oder privaten Partnern/innen (Gemeinden, Hilfswerke usw.) mitfinanziert werden.

Wie erwähnt sieht das neue Asylgesetz vor, dass die Unterstützungsgelder ausschließlich an die Kommunen gehen sollen, die dann für die Unterbringung und Verpflegung der Asylsuchenden über die ganze Dauer des Verfahrens zuständig sind. Bereits nach diesem Modell wurden die Unterstützungsleistungen für humanitär aufgenommene Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien abgewickelt (ITL 34’000 pro Tag und Person bis 1997). Auch für andere Flüchtlingsgruppen wurden im Auftrag des Ministeriums von Wohlfahrtsverbänden oder Kommunen vorübergehend einzelne Gemeinschaftsunterkünfte betrieben (beispielsweise für Albaner/innen von März bis Dezember 1997).


Mit der erstmaligen Einführung eines Asylgesetzes, das voraussichtlich im Februar 1999 in Kraft treten wird, soll die Unterstützung im Asylbereich weitgehend dezentralisiert werden: Die Regierung wird den Kommunen zukünftig Mittel zur Verfügung stellen, die es ihnen erlauben, die Asylsuchenden über die ganze Dauer des Verfahrens hinweg unterzubringen oder materiell zu unterstützen.
Italie — 1ère année — requérant d'asile — personne seule — Date : septembre 1998

Prestations courantes :

<table>
<thead>
<tr>
<th>type</th>
<th>modalités</th>
<th>durée</th>
<th>montants</th>
<th>financé par</th>
<th>fourni par</th>
<th>mode financement</th>
<th>remarques</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>loyer charges</td>
<td>en réalité il s'agit d'une sorte de forfait</td>
<td></td>
<td>✓ (voir 3e case)</td>
<td>✓</td>
<td>✓</td>
<td>Etat</td>
<td>services d'urgence du syst. de santé (év. aide privée)</td>
</tr>
<tr>
<td>charges entretien</td>
<td>d'accueil = une somme déterminée, correspondant à ITL 35'000 par jour</td>
<td>limitée à 45 jours</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>Etat</td>
<td>système de santé national</td>
</tr>
<tr>
<td>caisse-maladie/securité soc.</td>
<td>service en cas d'urgence</td>
<td>ITL 1'575'000 CHF 1894 (soit 1'311'250 CHF 1'58 par mois) sur demande</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>essentiellement traitement en cas d'urgence et d'accouchement</td>
</tr>
<tr>
<td>habillement</td>
<td>cash</td>
<td>ITL 1'575'000 CHF 1894 (soit 1'311'250 CHF 1'58 par mois) sur demande</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>nourriture</td>
<td>limiter à 45 jours</td>
<td>✓ contributo di prima assistenza</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>hygiène, autres</td>
<td>ITL 1'575'000 CHF 1894 (soit 1'311'250 CHF 1'58 par mois) sur demande</td>
<td>✓ moyenne mensuelle par année</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>transport</td>
<td>limiter à 45 jours</td>
<td>✓ Minisère de l'Intérieur</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>argent de poche</td>
<td>ITL 1'575'000 CHF 1894 (soit 1'311'250 CHF 1'58 par mois) sur demande</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>✓</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>assistance juridique1</td>
<td>services selon possibilités privées</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>conseil/assistance non-matérielle</td>
<td>organisations privées</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>mesure d'insertion:</td>
<td>ITL 1'575'000 CHF 1894 (soit 1'311'250 CHF 1'58 par mois) sur demande</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

1 pour autant qu'elle ne concerne pas la procédure

H 3 — Italien
### Prestazioni correnti:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Tipo</th>
<th>Modalità</th>
<th>Durata</th>
<th>Montanti</th>
<th>Finanziato da</th>
<th>Fornito da</th>
<th>Modo di finanziamento</th>
<th>Note</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Affitto</td>
<td>in realtà si tratta di un forfait</td>
<td>limitato a 45 giorni</td>
<td>√</td>
<td>Ministro dell'Interno</td>
<td>altre agenzie pubbliche e non istituzionali</td>
<td>sistema di assistenza statale</td>
<td>essenzialmente in caso di emergenza ed accoglimento, possibilità di ulteriori aiuti</td>
</tr>
<tr>
<td>Salute</td>
<td>servizio d'accudimento = una somma determinata, corrispondente a</td>
<td></td>
<td>√ contributo di fornitura assistenza</td>
<td>Ministero della Salute</td>
<td>altre agenzie pubbliche e non istituzionali</td>
<td>somma forfattaria fornita dal governo centrale; altri aiuti forniti dalle agenzie pubbliche e non istituzionali (CIR, Caritas, Croce Rossa, HCR, etc.)</td>
<td>communi o delle agenzie non istituzionali private di 4 a 8 mesi max.; escluso l'assegnazione di somme d'assistenza dal ministero</td>
</tr>
<tr>
<td>Cibo, altri</td>
<td>in contanti</td>
<td>(borsa mensile per 4 persone)</td>
<td>√</td>
<td></td>
<td>altre agenzie pubbliche e non istituzionali</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Igiene, altri</td>
<td>in contanti</td>
<td>(525'000/CHF 632)</td>
<td>√</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Trasporto</td>
<td>a disposizione</td>
<td>(2'000/CHF 2'400)</td>
<td>√</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Denaro di tasca</td>
<td>in contanti</td>
<td>(forfait/pers. x 4)</td>
<td>√</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Assistenza legale*</td>
<td>servizi in base alla disponibilità delle agenzie</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Mutui/assistenza non-materiale</td>
<td>possibilità</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

*Potenzialmente, può non essere fornita a seconda del caso.
4 Österreich


4.1 Aufenthaltstitel


Schubhaft bezeichnet eine «administrative» Festnahme zwecks Abschiebung, deren Dauer sich über maximal sechs Monate erstreckt. Sie wird auch während des laufenden Verfahrens

66 Dies ist die offizielle Bezeichnung für Asylsuchende in Österreich.
67 Insbesondere Personen, die illegal eingereist waren und ihren Antrag nicht innerhalb weniger Tage eingebracht hatten, wurde vorher 1998 keine Aufenthaltsbescheinigung erteilt.
68 Die Verbreitung der Schubhaft wurde vom UNHCR und anderen Flüchtlingsorganisationen kritisiert, die Österreich anklagten, durch seine abschreckende Aufnahmepraxis potentielle Asylsuchende zur Rückkehr oder Weiterreise in Nachbarländer zu bewegen. Im neuen Asylgesetz wurde unter anderem die Zusammenarbeit mit dem UNHCR am Flughafen Wien geregelt; aufgrund des «Fremdengesetzes über den unabhängigen Bundesasylsenat» (UBASO) wurde eine unabhängige Berufungsbehörde eingesetzt.


4.2 Aufnahme und Unterstützungsleistungen

Das Prinzip der Bundesbetreuung


Nach Angaben des Innenministeriums befinden sich zum Zeitpunkt der Untersuchung rund 11'507 Asylsuchende in Bundesbetreuung. Der Anteil an der Gesamtzahl von Flüchtlingen schwankt zwischen 20% und 30%. In der Regel bleiben die Flüchtlinge bis zum Abschluss

69 UNHCR 1997.
70 Nach Schätzungen des Innenministeriums liegt der Anteil bei ungefähr 10%. Genaue Statistiken über die nach wie vor beträchtliche Zahl von Asylsuchenden in Haft sind offenbar kaum verfügbar, da bei Schubhaftenden nicht nach Aufenthaltstitel unterschieden wird. In Schubhaft kommen mittellose Personen ohne Reisedokumente, wobei die Praxis an der Ostgrenze (wo die Mehrheit der Migrant/innen eintreffen) offenbar strikter ist als in den übrigen Landesteilen.
71 Ob diese Rechtsformwahl für einen Teilbereich der öffentlichen Sozialhilfe angemessen ist, steht zur Debatte. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob nicht auch im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung – günstig auf ein Gleichbehandlungsverbot – Ansprüche (aus Kontraktionszwang) erhoben werden könnten.
72 Gegenwürzig steht zur Diskussion, ob das Bundesasylamt, welches für Verfahrensfragen zuständig ist, ein Mitspracherecht bei der Auswahl bundesbetreuter Asylsuchender erhalten soll.
74 Die Zahl bezieht sich auf die Situation Mitte September 1998.
75 Nach Statistiken des Innenministeriums wurden für das erste Halbjahr 1998 4'528 Asylsuche registriert. Während der
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

des Verfahrens, höchstens aber drei Monate darüber hinaus in den Aufnahmeeinrichtungen, wo sie aus disziplinarischen Gründen jederzeit aus der Bundesbetreuung entlassen werden können. Ungefähr ein Drittel der Asylsuchenden verlassen die Einrichtungen vorzeitig. Die niedrige Zahl von Betreuten lässt sich unter anderem durch eine bisher relativ kurze Verfahrensdauer (3-6 Monate) bzw. eine niedrige Pendenzenzahl erklären. Seit der Einführung des neuen Asylgesetzes und der damit verbundenen Einsetzung einer unabhängigen Berufungsbehörde hat sich die Dauer der zweistündigen Verfahren offenbar verlängert, was möglicherweise zu einem Anstieg der Personenbestände führen könnte.

Flüchtlinge in Bundesbetreuung


gleichen Zeitspanne befanden sich 703 Asylsuchende - neben weiteren 216 anerkannten Flüchtlingen und 289 kriegsvertriebenen Bosnier/innen - in Bundesbetreuung (Statistik des BMF Sektion III, 7.98).

76 Auch anerkannte Flüchtlinge bleiben in der Regel während drei Monaten nach Abschluss des Verfahrens in den Betreuungsstellen.

77 Verhältnisse über den Anteil von bundesbetreuten oder unversorgten Flüchtlingen, die das Land frühzeitig verlassen, sind nicht zugänglich.

78 Traiskirchen ist die grösste Einrichtung, die anschluss Wünscht liegen. In der ehemaligen Kasernen sind gegenwärtig ungefähr 900 Personen untergebracht. Aus politischen Gründen können kaum mehr als 1000 Personen aufgenommen werden (Traiskirchen zählt insgesamt 13'000 Einwohner). Weitere Stellen befinden sich in Bad Kreuzen, Mödling und Thalham. Die kleinere Stelle Reichenhau is Traiskirchen angeschlossen.

79 Im Jahr 1990 waren es immerhin 420 Gasthöfe. Gegenwärtig sind schätzungsweise 20% der bundesbetreuten Flüchtlinge in Gasthöfen untergebracht. Da der Zugang ansteigt und die Bundesbetreuungsstellen besetzt sind, dürfte dieser Anteil zunehmen.

80 Diese Schwierigkeit ergibt sich unter anderem aus der Tatsache, dass die Finanzierung teilweise über die zuständigen Länder abgewickelt wird und Investitionen nicht auf laufende Ausgaben umgerechnet werden.
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

Nach Angaben des zuständigen Ministeriums dürften die effektiven Kosten in Aufnahmeeinrichtungen des Bundes aufgrund größenbedingter Kosteneinsparungen unter den Gasthofpauschalen, das heisst bei schätzungsweise ATS 5000.--, liegen.\(^3\)

Nach einer Verordnung des Bundesministeriums für Inneres vom 26.5.98 beträgt das Taschegeld seit dem 1.7.1998 für alle Personen ATS 530.-- monatlich - vorher ATS 400.-- und ATS 200.-- für Kinder. Für notwendige Transporte werden vom Bund durchschnittlich ATS 33.-- pro Person (390.-- jährlich) aufgewendet (Beförderung zum Unterkunfts- oder Befragungsort). Flüchtlingen, die vor Einbruch des Winters in Österreich eintreffen, wird Winterkleidung im Sachwert von jährlich ATS 650.-- für Erwachsene und ATS 800.-- für Kinder angeboten.\(^2\)


Die medizinische Versorgung ist durch eine vertragliche Vereinbarung gesichert, welche die bundesbetreuten Flüchtlinge an die Krankenversicherung anschliesst, die ihnen eine identische Versorgung wie österreichischen Staatsbürger/inne/n sichert.\(^8\) Diese Vereinbarung konnte 1992 nach längerer Verhandlungen mit den damals sehr skeptischen Sozialversicherungsverbänden ausgehandelt werden und hat sich inzwischen zur Zufriedenheit aller Beteiligten bewährt.\(^8\) Der Bund übernimmt die Versicherungskosten von monatlich ATS 900.-- pro Person, was dem Ansatz für Student/inn/en entspricht.\(^8\)


---


\(^2\) Bei Asylsuchenden, die im Winter ankommen, wird angenommen, dass sie nach mehreren Zwischenstationen bereits Winterkleidung besitzen.

\(^8\) Bemerkenswert, dass die verursachten Gesundheitskosten von Asylsuchenden geringer als die der Allgemeinbevölkerung sind, obwohl gerade kranke Menschen eher in die Bundesbetreuung aufgenommen werden. Diese Erfahrungswerte erstaunen um so mehr als eine Studie der schweizerischen Krankenkassen zum Ergebnis kommt, dass Asylsuchende trotz ihrer relativ günstigen Altersstruktur wesentlich höhere Kosten verursachen als die Allgemeinbevölkerung. (In Österreich besteht allerdings die Möglichkeit, Personen von der Bundesbetreuung auszuschliessen, wenn die Inanspruchnahme medizinischer Versorgung zu offensichtlich exzessiv bewertet wird.)

\(^8\) Personen, die aus der Bundesbetreuung entlassen werden, haben den Vorteil, einen Antrag auf Selbstversicherung stellen und ohne (6monatige) Wartefrist Leistungen beziehen zu können.
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

nicht zurückgefordert.

Flüchtlinge ausserhalb der Bundesbetreuung

Wie erwähnt wird nur eine Minderheit der Flüchtlinge letztlich in die Bundesbetreuung aufgenommen. Somit bleiben zahlreiche Asylsuchende von den genannten Unterstützungsleistungen ausgeschlossen, wie übrigens auch ehemalige Asylwerber/innen, die aufgrund des Non-refoulement-Prinzips befristet aufenthaltsberechtigt sind. Für diese Personen gestaltet sich die sozialrechtliche und faktische Situation je nach Aufenthaltsort unterschiedlich, weil das Sozialhilferecht unter die Hoheit der Länder fällt. Da sich der wesentliche Teil der Asylsuchenden in der Hauptstadt aufhält, wo soziale Unterstützung durch Landsleute, informelle Beschäftigungsgelegenheiten usw. eher vorhanden sind als in ländlichen Gebieten, soll die Situation von Flüchtlingen, die nicht unter Bundesbetreuung stehen, am Beispiel der Lage in Wien dargestellt werden:


Nach Aussagen von Herrn Neumann, Leiter der Caritas-Ausländerberatungsstelle, halten sich rund zwei Drittel der Asylsuchenden in Wien auf.

Asylwerber/innen, die nach rechtskräftiger Ablehnung des Gesuchs aufgrund des Non-refoulement-Gebots nicht in ihr Land zurückkehren, können nach 10 Jahren in Wien unter gewissen Umständen Sozialhilfe erhalten.

Wie in den meisten Ländern besteht eine Ausnahmeregelung für akute medizinische Notfälle.

Nur ungefähr 1% der Einkünfte von Caritas stammen aus Kirchensteuern.

Das Taschengeld wird individuell angepasst und progressiv reduziert.
Deklariertes Ziel der Heimleiter/innen ist es, in Notlagen vorübergehend Hilfe zu leisten und die Eigeninitiative der Betreuten gezielt zu fördern. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Einzelpersonen beträgt ungefähr eineinhalb Monate, ist aber aufgrund der grossen Varianz wenig aussagekräftig.\textsuperscript{91}


In diesem Zusammenhang erwähnenswert ist die Lage in der Steiermark, wo der Rechtsanspruch auf Fürsorgeleistungen grundsätzlich keine österreichische Staatsangehörigkeit voraussetzt und daher auch Asylsuchende Sozialhilfe einklagen können. Vor wenigen Monaten wurde allerdings das Steiermärkische Sozialhilfegesetz dahin geändert, dass der Anspruch auf Geldleistungen Fremden vorbehalten ist, die zu einem «mehr als dreimonatigen Aufenthalt berechtigt sind».\textsuperscript{93} Diese Bedingung wird von Asylsuchenden in der Regel nicht erfüllt. Alle Personen, die sich in der Steiermark aufhalten, können aber weiterhin Anspruch auf eine Heim- oder Anstaltsunterbringung sowie auf Krankenhilfe oder einmalige Unterstützungen geltend machen.\textsuperscript{94}


\textbf{Die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen}

Die Betreuung von bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen wurde sonderrechtlich geregelt, da man ursprünglich von einer zeitlich begrenzten Aufnahme ausging, wie sie bereits bei anderen Personenkreisen praktiziert worden war (Kroaten, Slowenen). Da diese Unterstützungsmassnahmen über mehrere Phasen hinweg geändert wurden und die Bund-Länder-Aktion Mitte 1998 offiziell abgeschlossen wurde, soll hier nicht im Detail auf die verschiedenen Unterstützungsmodalitäten eingegangen werden. Schutzbedürftige, die nicht

\textsuperscript{91} Aus einem Tätigkeitsbericht einer Caritas-Notherberge von 1996 geht hervor, dass von 371 Personen, die das Haus verlassen haben, 238 mit \textit{unbekanntem Ziel} wahrscheinlich meist nach Deutschland oder in die Niederlande weggereist sind. Nur vier Personen haben sich zugegebenermassen entschlossen, in die Heimat zurückzukehren.

\textsuperscript{92} Wichtiger Hinweis: Die Angaben über die Sozialhilfegesetzgebung in den Ländern konnten nicht systematisch auf ihre Aktualität hin überprüft werden.

\textsuperscript{93} SHG § 4 Abs.a)

\textsuperscript{94} Nach Aussagen der zuständigen Behörde ist es bestenfalls unmöglich, die Zahl der Sozialhilfebezieher/innen aus dem Asylbereich zu schätzen, da Hilfebedürftige (bisher) nicht nach dem Aufenthaltsstatus eingeteilt werden. Entsprechende Schwierigkeiten sind bei der Berechnung der aufgewendeten Ausgaben für Asylsuchende zu erwarten.
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

von Verwandten oder Bekannten in Österreich beherbergt wurden, waren entweder in Gasthöfen und Heimen oder in Unterkünften der Bundesbetreuung untergebracht. Die Behörden unterstützten in beschränktem Maße auch Personen, die bei Bekannten wohnen konnten. Insgesamt kann die sozial- und aufenthaltsrechtliche Situation dieser Kriegsvertriebenen als vergleichsweise vorteilhaft bezeichnet werden.

Nach Abschluss des Dayton-Abkommens vertrat der Innenminister die Meinung, dass die Rückkehr der bosnischen Flüchtlinge nur auf freiwilliger Basis geschehen könne. Ein geringer Anteil der ursprünglich unterstützten Flüchtlinge befindet sich zurzeit noch in den staatlich finanzierten Aufnahmeinrichtungen, aber in den meisten Fällen ist der temporäre Schutz inzwischen in eine Niederlassungsbewilligung überführt worden.

4.3 Erwerbstätigkeit


4.4 Finanzierung und Rolle von privaten Organisationen

Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

Flexibilität verleihen. Für die Verpflegungs- und Instandhaltungskosten der Unterkünfte werden Pro-Kopf-Pauschalen von ATS 3600.– veranschlagt, was dem für Vollverpflegung vorgesehenen Betrag in Gasthöfen entspricht (Verordnung des BMI vom 26.5.1998).


Ebenfalls auf dem Gebiet des Asylwesens aktiv sind folgende Vereinigungen, die sich eher auf Öffentlichkeitsarbeit und Rechtsberatung konzentrieren: UNHCR, Asylkoordination Österreich, Wiener Integrationsfonds usw.

Was die Lage in Wien im Besonderen angeht, so erwecken zahlreiche Aussagen den Eindruck, dass sich im Bereich der Flüchtlingsfürsorge ein fragiles Gleichgewicht der staatlich-privaten Kosten- und Aufgabenteilung herausgebildet hat. Die Stadt unterstützt finanziell Hilfsorganisationen wie Caritas, ohne deren Hilfeleistungen und Einsatz die materielle Not der Flüchtlinge unter Umständen bedenkliche Ausmaße annehmen könnte. Gleichzeitig machen die Behörden gewisse Auflagen bezüglich der zu betreuenden Personen kategorien, während die Hilfsorganisationen bemüht sind, eine grösstmögliche Unabhängigkeit gegenüber staatlichen Institutionen zu bewahren. So werden etwa bei Caritas Wien Tätigkeiten des Ausländerressorts zu rund einem Drittel von der Stadt Wien finanziert und zu zwei Dritteln aus anderen Mitteln (Spenden, kommunale Beiträge ...) bestritten.

***


Als relativ prekär ist die Lage der nicht vom Bund versorgten Flüchtlinge zu bezeichnen, obwohl diese in vielen Fällen entweder auf private Hilfe oder Unterstützungsleistungen der
<table>
<thead>
<tr>
<th>Posten</th>
<th>Art</th>
<th>Modalitäten</th>
<th>Leistungsdauer</th>
<th>Beträge</th>
<th>finanziert durch</th>
<th>bezogen bei</th>
<th>Abgeltungsmodus</th>
<th>Bemerkungen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Elektrizität Insgesamt</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Krankenversicherungs-</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>Grundversicherung</td>
<td>und höchstens drei Monate</td>
<td>ATS 900 CHF 124</td>
<td>BMI</td>
<td>BMI</td>
<td>BMI (Vollversorgung u. Unterbringung eingeschlossen)</td>
<td>Die Krankenversicherung garantiert freien Zugang zum Gesundheitssystem (Rezeptgebühren werden übernommen)</td>
</tr>
<tr>
<td>betrag</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Kleider</td>
<td>Sachleistung</td>
<td>nur für Personen, die im Sommer eintreffen</td>
<td>über den Verfahrensablauf oder bis zur Entlassung aus Bundesbetreuung</td>
<td>ATS 551 CHF 8 (650/Jahr)</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Die Pauschalen an Gasthöfen liegen leicht über den realen Kosten in den BMI geleitet Stellen</td>
</tr>
<tr>
<td>Nahrung</td>
<td>Sachleistung</td>
<td></td>
<td></td>
<td>ATS 3600 CHF 498</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Die Pauschalen an Gasthöfen liegen leicht über den realen Kosten in den BMI geleitet Stellen</td>
</tr>
<tr>
<td>Hygiene und ähnliches</td>
<td>Sachleistung</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Transport</td>
<td>Sachleistung</td>
<td>nur nach Bedarf für Unterbringung und Anhörungen</td>
<td></td>
<td>ATS 334 CHF 5 (Durchschnitt)</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Die Pauschalen an Gasthöfen liegen leicht über den realen Kosten in den BMI geleitet Stellen</td>
</tr>
<tr>
<td>Taschengeld</td>
<td>bar</td>
<td></td>
<td></td>
<td>√ ATS 530 CHF 73</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Die Pauschalen an Gasthöfen liegen leicht über den realen Kosten in den BMI geleitet Stellen</td>
</tr>
<tr>
<td>juristischer Beistand</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>evtl. privat</td>
<td></td>
<td>√ √ ATS 4130 CHF 571</td>
<td>private, kirchl. u. andere Org.</td>
<td>Private, kirchl. u. andere Org.</td>
<td>private, kirchl. Organisationen werden teilweise von Bund u. Ländern subventioniert</td>
<td>Sammelzählung für Bundes betreuung nach Verwaltung des BMI</td>
</tr>
<tr>
<td>Beratung/Betreuung</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>schwer zu berechnen</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Eingliederungs-</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>massnahmen</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

1 Wurde der Summe ∑ nicht angerechnet, da diese Hilfe nur einem Teil der Flüchtlinge zukommt.
2 Wurde der Summe ∑ nicht angerechnet, da mit diesem Durchschnittswert nur Beifahrten für «unfreiwilligen» Reisen (zur Unterkunft od. Befragung) abgedeckt werden.
3 So weit es nicht Verfahrensfragen betrifft.
**Regelmäßige Leistungen in Bundesbetreuung**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Art</th>
<th>Modalitäten</th>
<th>Leistungsdauer</th>
<th>Beträge</th>
<th>finanziert durch</th>
<th>bezogen bei</th>
<th>Abgeltungsmodus</th>
<th>Bemerkungen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Unterkunft Nebenkosten</td>
<td>Sachleistung</td>
<td>präzisiell über die Dauer Verfahren</td>
<td>ATS 4 x 3150 CHF 1743 (siehe oben)</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>Die Pauschalen an Gasthöfe liegen leicht über den realen Kosten in den BMI gezahlten Stellen</td>
</tr>
<tr>
<td>Elektrizität Insgesamt</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>(Vollverpflegung u. Unterkom eingeschlossen); nach Schätzung des BMI sind die entsprechenden Kosten in Bundesstellen etwas tiefer, d.h. könnten auf rund</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Krankenversicherungsbeitrag</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>und höchstens drei Monate</td>
<td>ATS 3600 CHF 498</td>
<td>BMI</td>
<td>BMI</td>
<td>-</td>
<td>Die Grundversicherung garantiert freien Zugang zum Gesundheitsystem (Rezeptgebühren werden übernommen)</td>
</tr>
<tr>
<td>Kleidung</td>
<td>Sachleistung</td>
<td>nur für Personen, die im Sommer eintreffen</td>
<td>ATS 344 CHF 34 (Kinder 400 u Ew 650 pro Jahr)</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>Nahrung</td>
<td>Sachleistung</td>
<td>schluss hinaus oder bis zur Entlassung aus Bundesbetreuung</td>
<td>ATS 14'400 CHF 1992</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>Hygiene und ähnliches</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>Transport</td>
<td>Sachleistung</td>
<td>nur nach Bedarf für Unterbringung und Anhörungen</td>
<td>ATS 132 CHF 18 (Durchschnitt)</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>Taschengeld</td>
<td>bar</td>
<td></td>
<td>√ATS 2120 CHF 293  ( \sqrt{\text{ATS 16'520 CHF 2285}} )</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>juristischer Beistand</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>evtl. privat</td>
<td>private, kirchl. u. andere Org.</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>private, kirchl. Organisationen werden teilweise von Bund u. Ländern subventioniert</td>
</tr>
<tr>
<td>Beratung/Betreuung</td>
<td>id.</td>
<td>schwer zu berechnen</td>
<td>id.</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>Eingliederungsmaßnahmen</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
</tbody>
</table>
5 Schweiz


5.1 Aufnahme


5.2 Aufenthaltstitel

Asylbewerber/innen erhalten für die Dauer des Verfahrens einen N-Ausweis, der ihren Aufenthalt im Sinn des Asylgesetzes begründet und ihnen einen Aufenthaltskanton zuweist. Daneben wird für schutzbedürftige Personen in bestimmten Fällen eine sogenannte

---

99 Nur die Unterstützungskosten für anerkannte Flüchtlinge, die seit mehr als 5 Jahren in der Schweiz leben, werden von den Kantonen getragen.

57
«vorläufige Aufnahme» (F-Bewilligung) erteilt, die auf ausländergesetzlichen Regelungen\textsuperscript{101} basiert. Dieser Status kann entweder aufgrund eines Entscheids des Bundesrats (Bundesregierung) ganzen Gruppen von Schutzbedürftigen zugewiesen werden, wie dies im Fall der bosnischen Kriegsflüchtlinge geschah, oder nach Prüfung von Einzelsituationen auf individueller Basis ausgesprochen werden. Dies geschieht vorwiegend dann, wenn eine Ausweisung trotz Ablehnung des Asylgesuchs vorläufig nicht vollziehbar ist. Nach derzeit noch gültigem Recht können vorläufig aufgenommene Ausländer/innen ein Asylgesuch eingeben.\textsuperscript{102} Die sozialrechtliche Stellung dieser Statusgruppe ist praktisch identisch mit der von Asylbewerber/in, mit dem Unterschied, dass für letztere ein 3monatiges Arbeitsverbot zu Beginn des Aufenthalts herrscht.\textsuperscript{103} Hinsichtlich der Fürsorgepraxis mit Asylsuchenden faktisch gleichgestellt sind auch abgewiesene Asylsuchende (ohne vorläufige Aufnahme), deren Wegweisung aber vorläufig nicht vollzogen werden kann.

In diesem Kontext ist darauf hinzuweisen, dass ein Anspruch auf Existenzsicherung in der Schweiz durch ungeschriebenes Verfassungsrecht gewährleistet ist und unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status der Bezieher/innen gilt, also selbst für faktisch tolerierte Ausländer/innen ohne Aufenthaltsbewilligung.\textsuperscript{104} Ein gänzlicher Entzug von Fürsorgeleistungen stellt einen Grundrechtseingriff dar, der sich nur bei gezieltem Rechtsmissbrauch\textsuperscript{105} von Seiten der Empfänger/innen rechtfertigen lässt. Nach Erwägungen des Bundesgerichts «liegt eine solche Massnahme nicht im öffentlichen Interesse, führt sie doch dazu, dass der Betroffene mit erheblicher Wahrscheinlichkeit kriminell werden könnte, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten» (id.). Die Möglichkeit von Beschränkungen der Fürsorgeleistungen mit disziplinarischem Charakter ist hingegen gesetzlich vorgesehen.

### 5.3 Unterstützungsleistungen


\textsuperscript{101} Verordnung über die vorläufige Aufnahme und Internierung von Ausländern von 1987.
\textsuperscript{102} Nach Inkrafttreten der gegenwärtig diskutierten Revisionen von Asyl- und Ausländergesetz wird dies voraussichtlich nicht mehr zutreffen.
\textsuperscript{103} Ausserdem wird bei vorläufig aufgenommenen Personen, nicht aber bei Asylgesuchstcllern, in gewissen Fällen Familienzusammenführung gestattet.
\textsuperscript{105} «Rechtsmissbrauch liegt erst dann vor, wenn das Verhalten des Bedürftigen einzig darauf ausgerichtet ist, in den Genuss von Hilfeleistungen zu gelangen ... » (BGE_121_I_367).
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

jenen, die für die ansässige Bevölkerung gelten.\(^{106}\)

5.4 Finanzierung


Ferner werden die Gesundheitskosten vollumfänglich vom Bund übernommen,\(^{109}\) und zwar auf der Basis der Krankenpflegeversicherung (KVG), die für die gesamte Wohnbevölkerung obligatorisch ist.\(^{110}\) Die Asylsuchenden können die Leistungserbringer im Rahmen der Vereinbarungen der Kantone mit den Versicherern wählen.\(^{111}\) Bei grösseren Eingriffen müssen Abklärungen mit dem Bundesamt für Flüchtlinge getroffen werden.

Die Bildungskosten für Kinder und Jugendliche gehen ausschliesslich zu Lasten der Kantone, die für das obligatorische Schulsystem zuständig sind.

5.5 Der Kanton Bern

Dem zweitgrössten Kanton der Schweiz werden 14,4% der Asylgesuchsteller/innen zugewiesen. Anfang der 90er Jahre stand im Grossrat (Kantonsparlament) ein kantonaes Asylgesetz zur Debatte; schliesslich wurde das Projekt aber verworfen. Daher werden bisher die Richtlinien für die Unterstützung von Asylsuchenden durch Verwaltungsweisungen zum allgemeinen Fürsorgegesetz geregelt. Grundsätzlich sind die Gemeinden für das Sozialwesen zuständig, das heisst, der Kanton ist im Prinzip nicht ermächtigt, diesen eine Vorgehensweise vorzuschreiben. Wie die Praxis zeigt, halten sich die meisten Gemeinden an die kantonalen Vorgaben.

\(^{106}\) Efionayi & PjgUel 1997, S. 22.
\(^{108}\) Unter die Betreuungspauschalen fällt das gesamte Zentrumspersonal (Sozialberater, Sprachlehrer, Nachtwächter usw.).
\(^{109}\) Die genauen Bestimmungen zur Finanzierung sind in der Verordnung 2 zum Asylgesetz (Fassung 1996) und den entsprechenden Weisungen der Bundesbehörden (Asyl 2) nachzulesen.
\(^{110}\) Versicherungsgebühren, Franchise und Selbstbehalt.
\(^{111}\) Nach Aussagen eines Fürsorgeverantwortlichen stehen die Krankenkassen der Aufnahme von Asylsuchenden eher skeptisch gegenüber, da nach eigenen Berechnungen Flüchtlinge rund 45% mehr Ausgaben verursachen als die Allgemeinbevölkerung. Ausserdem müssen die Krankenkassen wegen der Altersstrukturen (viele junge Menschen) hohe Risikoumkehrbeiträge bezahlen. Das Konkordat diskutiert gegenwärtig die Möglichkeit eines «burdensharing», konnte sich aber bisher auf keine gemeinsame Lösung einigen.

\(^{111}\) In den Kantonen Bern und Genf besteht freie Arztfühl, während in anderen Kantonen Versicherungsmodelle gewählt wurden, welche die Wahl des Leistungserbringers einschränken.


Da gegenwärtig die Frage des Sozialhilfemissbrauchs vielerorts thematisiert wird, haben die Gemeinden offenbar die Tendenz, den meisten Asylsuchenden eher die minimalen Ansätze zu gewährleisten. Umgekehrt geben vereinzelte Gemeinden (in touristischen Gegenden) Beträge nach SKOS-Ansätzen ab, welche für einheimische Hilfsbedürftige gedacht sind. Sie finanzieren somit die Unterstützung im Asylbereich aus eigenen Mitteln mit. Die Leistungen für Nahrung, teils auch für Kleidung, werden in der Regel bar ausgezahlt, was aus organisatorischen Gründen vorteilhafter ist als die Verteilung von Sachleistungen. Es ist allerdings schon vorgekommen, dass Gemeinden nur Naturalien (Kleider und Lebensmittel) abgaben, was meist bald zum Widerstand von Seiten der Empfänger/innen führte.

Zu Beginn des Aufenthalts können die Flüchtlinge einen oder mehrere Sprachkurse besuchen. Der Deutschbasisunterricht wird jedoch schlecht besucht, und es ist daher vorgesehen, die Kurse obligatorischerweise in das Workfare-Modell aufzunehmen. Ferner werden, vor allem für jüngere Flüchtlinge, diverse Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten (fortgeschrittene Sprachkurse, Mechanik, Holz, Gastgewerbe, Informatik usw.), die sich einigen Erfolgs erfreuen, für deren Ausbau aber die Mittel fehlen.

Finanzierung: Der Kanton reicht die Finanzpauschalen des Bundes größtenteils an die Betreiber der Asylzentren bzw. an die Gemeinden weiter. Von den

---

112 Die SKOS-Ansätze werden von einem Koordinationsteam der kantonalen Sozialämter festgelegt (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe).
113 Die Beträge werden meist monatlich, in gewissen Gemeinden aber auch täglich ausgezahlt.
Unterstützungspauschalen werden CHF -90 pro Person und Tag für die Aus- oder Weiterbildung der Asylsuchenden (Deutsch-, Weiterbildungskurse) zurückbehalten. Die Unterkunftspauschale beträgt CHF 363.– pro Person und Monat (12.09 pro Tag) für den Kanton Bern.114 Nach Angaben des verantwortlichen Leiters reicht diese Summe aus, um die effektiven Kosten für die Unterkunft sowohl in Städten als auch in ländlichen Gemeinden (keine unterschiedliche Abgeltung) zu decken. Ein Teil der Verwaltungskostenpauschalen wird für die kantonale Verwaltung zurückgehalten und zwischen Polizeidiensten, KIGA (Arbeitsbewilligungswesen), übriger Administration und Zentrenverwaltung aufgeteilt. Von den Betreuungspauschalen für Durchgangszentren (9 Betreuer auf 100 Flüchtlinge während 6 Monaten) setzt der Kanton 90% des Lohnbetrags ein und finanziert mit den übrigen 10% in Gemeinden, die mindestens 50 Flüchtlinge beherbergen, jeweils eine halbe Betreuungsstelle (rund CHF 40'000 pro Jahr).115 Die kleinen Gemeinden müssen sich mit Lösungen auf freiwilliger Basis behelfen. Den Erstaufnahmeeinrichtungen wird die gesamte Lohnsumme für Betreuung ausbezahlt.


5.6 Der Kanton Genf


Von den 65 Vollzeitstellen der AGECAS werden 56 für die soziale bzw. administrative Beratung eingesetzt. Auf ungefähr 25 Flüchtlinge entfällt ein Sozialberater/in; schliessst man

114 Sie liegt somit leicht unter dem Landesdurchschnitt von CHF 13.50 pro Tag.
115 Die Finanzierung durch den Bund sieht pro Person lediglich eine Betreuung während einer Dauer von sechs Monaten vor.
116 Loi d'application de la loi fédérale sur l'asile (LALA).
117 «Association Genevoise des Centres d'Accueil pour Candidats à l'Asile».
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

alle Begleitungsaktivitäten (Administration, Lehrer usw.) ein, so ist das Verhältnis ungefähr eine Stelle für 15 Flüchtlinge.118 In den grossen Zentren wird jeweils an Wochentagen der Morgen der individuellen Beratung von Asylsuchenden gewidmet, während am Nachmittag kollektive Informations-, Schulungs- und Freizeitprogramme durchgeführt werden (Kinderprogramme, Sport, Kurse usw.). Gegen eine symbolische Bezahlung von CHF 25.– können die Einwohner/innen zwei dreimonatige Französischkurse besuchen.119 Sie werden gebeten, an gelegentlichen Unterhalts- und Gemeinschaftsarbeiten im Wohnzentrum teilzunehmen. Personen, welche ihren Beitrag grundlos verweigern, wird ein Teil der Unterstützungsleistungen gekürzt (CHF 20.– bis 200.– pro Monat).


Was ausserordentliche oder einmalige Hilfeleistungen angeht, lässt sich festhalten, dass in Genf das Netz von Hilfsorganisationen und privaten Vereinigungen, welche Asylsuchende

118 In der Bundespresse werden 9 Betreuer/innen auf 100 Asylsuchende vorgesehen, allerdings nur für eine Dauer von 6 Monaten.
119 Die pädagogische Methode Gattegno basiert auf Farben und ist deshalb für Personen mit unterschiedlichsten sprachlichen und intellektuellen Hintergründen geeignet. Ungefähr die Hälfte der Anfänger/innen schliessen den dreimonatigen Grundkurs ab und rund ein Viertel besucht den Kurs für Fortgeschrittene.
120 Durch besondere Vereinbarungen mit Hausverwaltungen (Serienverträge für ganze Häuser) können die Mieten unter den marktüblichen (relativ hohen) Preisen «gehandelt» werden.
121 Kurzausbildungen und Vermittlung von spezifischen Kenntnissen und Praktiken.
und andere Migrant/inn/en in sozialen, juristischen und materiellen Belangen unterstützen, relativ dicht ist.

Finanzierung: Im Unterschied zu Bern spielen die Gemeinden in Genf bei der Flüchtlingsbetreuung, die praktisch durchwegs zentral organisiert ist, kaum eine Rolle. Die aufgeführten Unterbringungskosten (Tabellen) in Gemeinschaftszentren der AGECAS entsprechen nicht den Realkosten, da die Investitionsauslagen in der Berechnung nicht berücksichtigt werden. Die auf den Unterhalts- und Betriebskosten basierenden «Mieten» schwanken zwischen CHF 150.– und 250.– pro Person und Monat (Nettbeträge ohne Heizung, Elektrizität usw.).

Die Unterkunftspauschale des Bundes für Asylsuchende, welche in privaten Wohnungen leben, beträgt CHF 382.– pro Person und Monat (12.71/Tag). Während der zweiten Aufnahmephase werden durchschnittlich ungefähr CHF 50.– für Energie- und Nebenkosten aufgewendet und weitere CHF 119.– für sämtliche Unterhalts-, Ausstattungs- und «Ausgleichsausgaben» (beispielsweise bei Unterbesetzung vorhandener Wohnungen, frühzeitigem Verlassen), wobei die effektiven Mietkosten CHF 213.– pro Person im Durchschnitt nicht übersteigen sollten.122

Der Kanton Genf übernimmt einen Teil der anfallenden Kosten im Asylbereich: Wie aus der Jahresabrechnung der AGECAS hervorgeht, wurde beispielsweise 1997 die erste Aufnahmephase der Flüchtlingsbetreuung (1. Aufenthaltsjahr) zu rund 16% aus kantonalen Mitteln bestritten.

5.7 Vergleich der Unterstützungsleistungen in Bern und Genf

Insgesamt liegen die Richtsätze für Unterstützungsleistungen im Kanton Genf höher als die durchschnittlichen Normen in Bern. Beiderorts gehen die Beträge für privat untergebrachte Personen (2. bzw. 3. Aufnahmephase) über die, welche in Gemeinschaftsunterkünften abgegeben werden, hinaus, wobei die (innerkantonale) Differenz für Einzelpersonen in Genf beträchtlich, in Bern aber gering ist. Folglich erhält eine Einzelperson, die in einer Privatwohnung untergebracht ist, im Kanton Genf wesentlich höhere Hilfen für Nahrung, Kleidung usw., als dies in Bern der Fall ist: Wird der Wert des Busabonnements miteingerechnet, beträgt in Bern selbst die Maximalnorm nur 72% des entsprechenden Betrags in Genf. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten im Kanton Genf ebenfalls höher sind als im Kanton Bern, der viele ländliche Gebiete einschließt. Ferner muss beachtet werden, dass die Asylsuchenden im Kanton Bern die Aufnahmезentren durchschnittlich früher verlassen (nach 7 bis 9 Monaten) als in Genf (nach einem Jahr). Betrachtet man die Sachlage einer vierköpfigen Familie, sieht die Situation wiederum anders aus: Hier sind die kantonalen Richtsätze (für die Unterstützungsleistungen) sowohl während der ersten als auch der zweiten Aufnahmephase sehr ähnlich, wobei die bernischen Maximalnormen die Genfer Richtsätze übersteigen.

Die Fürsorge im Asylbereich wird nach einheitlichen Grundsätzen weitgehend vom Bund

---

122 Es versteht sich, dass die realen Miet- und Energiekosten für Einzelpersonen immer höher liegen und mit entsprechenden Einsparungen bei Familien kompensiert werden müssen.
finanziert, aber unter Aufsicht der Kantonsbehörden umgesetzt. Die Verteilung auf die Gliedstaaten erfolgt im Proporz zur Bevölkerungszahl. Obwohl die Unterstützung Asylsuchender unter anderem durch die wachsende zentralstaatliche Reglementierung schrittweise aus den kantonalen Sozialhilferegimen, die für ansässige Personen gelten, herausgelöst wurde, sind die Kantone für die Ausgestaltung der Unterstützungsleistungen zuständig. Wie die zwei Fallbeispiele der Kantone Bern und Genf illustrieren, gestaltet sich die Fürsorgepraxis entsprechend vielfältig.

#### Regelmaßige Leistungen:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Posten</th>
<th>Art</th>
<th>Modalitäten</th>
<th>Leistungsduauer</th>
<th>Beträge</th>
<th>finanziert durch</th>
<th>bezogen bei</th>
<th>Abgeltungsmodus</th>
<th>Bemerkungen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>(Krankenkasse/Sozialversicherung)</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 199</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Realkosten</td>
<td>mit CHF 400 Franchise</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Kleider</td>
<td>Cash oder Naturalien</td>
<td>die „Grundunterstützung” bewegt sich zwischen</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Nahrung</td>
<td>Cash(gelebten Naturalien)</td>
<td>einem Minimum von CHF 284 und</td>
<td></td>
<td></td>
<td>chf 368</td>
<td>Unterstützungs- pauschale des Bundes an die Kantone</td>
<td>das Workfare-Modell sieht gestufte Ansätze vor</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Hygiene und Ähnliches</td>
<td>id.</td>
<td>einem Maximum von CHF 438 bei</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Transport</td>
<td>id. kooperativen Personen (nach</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>juristischer Beistand</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Beratung/Betreuung</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>id.</td>
<td>9 Betreuer / 100 Flüchtling</td>
<td>Bund</td>
<td>Aufnahmezentren</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Eingliederungsmassnahmen: Sprachkurse dt.</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

1. Von den Zentren wird CHF 1.-/Person/Tag in einem Pool einbezahlt, der zur Finanzierung der Kleiderbörse verwendet wird. Der Betrag kommt also nicht zusätzlich zu den ausbezahnten Leistungen hinzu.

2. Soweit er nicht Verfahrensfragen betrifft.

3. In Erstaufnahmecentren Lohnbetrag nach Asylverordnung (Betreuungspauschalen), in Durchgangszentren 90% des Betrags, der in der Asylverordnung vorgesehen ist.
### Regelmäßige Leistungen:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Posten</th>
<th>Art</th>
<th>Modalitäten</th>
<th>Leistungsdauer</th>
<th>Beträge</th>
<th>finanziert durch</th>
<th>bezogen bei</th>
<th>Abgeltungsmodus</th>
<th>Bemerkungen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Nebenkosten</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>Bund</td>
<td></td>
<td></td>
<td>Realkosten mit CHF 400 Franchise</td>
</tr>
<tr>
<td>Elektrizität, Energie</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>Bund</td>
<td></td>
<td></td>
<td>eine erstmalige Einkleidung durch das Rote Kreuz im Wert von CHF 200 Pers. ist in der Grundleistung eingerechnet</td>
</tr>
<tr>
<td>Andere</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>Bund</td>
<td></td>
<td></td>
<td>als Workfare-Modell sieht gestufte Ansätze vor</td>
</tr>
<tr>
<td>(Krankenkasse/Sozialversicherung)</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>CHF 510</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Bundessenschaft des Bundes CHF 363/Person (12.09/Tag / Person)</td>
</tr>
<tr>
<td>Kleider</td>
<td>Cash oder Naturalien</td>
<td>die „Grundunterstützung“ bewegt sich zwischen einem Minimum von CHF 1092 und einem CHF 1685 bei</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Bund an die Kantone</td>
</tr>
<tr>
<td>Nahrung</td>
<td>Cash (selten Naturalien)</td>
<td></td>
<td></td>
<td>CHF 554</td>
<td>CHF 554</td>
<td>CHF 1685 bei</td>
<td>CHF 554</td>
<td>CHF 1685 bei C 200 Pers. ist in der Grundleistung eingerechnet</td>
</tr>
<tr>
<td>Hygiene und Ähnliches</td>
<td>id.</td>
<td>maximum von CHF 1685 bei</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Bundesschaft des Bundes CHF 363/Person (12.09/Tag / Person)</td>
</tr>
<tr>
<td>Transport</td>
<td>id.</td>
<td>kooperativen Personen (nach Richtlinien BE)</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Bundesschaft des Bundes CHF 363/Person (12.09/Tag / Person)</td>
</tr>
<tr>
<td>Taschengeld</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>✓ Durchschnittswert</td>
<td>✓ CHF 1388</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Bundesschaft des Bundes CHF 363/Person (12.09/Tag / Person)</td>
</tr>
<tr>
<td>juristischer Beistand*</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>Bund</td>
<td>Aufnahmzentren</td>
<td></td>
<td>Subventionen von Bund/Kantonen an Hillswerke 15</td>
</tr>
</tbody>
</table>

* Soweit er nicht Verfahrensschritte betrifft.

* In Erstanlaufnahmzentren Lohnbetrag nach Asylverordnung (Betreuungspauschalen), in Durchgangszentren 90% des Betrages, der in der Asylverordnung vorgesehen ist.

## Regelmäßige Leistungen:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Posten</th>
<th>Art</th>
<th>Modalitäten</th>
<th>Leistungsdauer</th>
<th>Beträge</th>
<th>finanziert durch</th>
<th>bezogen bei</th>
<th>Abgeltungsmodus</th>
<th>Bemerkungen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Elektrizität, Energie</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Realkosten</td>
<td>mit CHF 400 Franchise</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Blick auf die „Grundunterstützung“, die sich zwischen einem Minimum von CHF 301 und einem Maximum von CHF 464 bewegt</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Realkosten</td>
<td>Mit den CHF 400 Franchise entspricht das den realen Kosten.</td>
</tr>
<tr>
<td>Krankenkasse/Sozialversicherung</td>
<td>Cash oder Naturalien</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Realkosten</td>
<td>mit CHF 400 Franchise</td>
</tr>
<tr>
<td>Kleider</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Realkosten</td>
<td>Mit den CHF 400 Franchise entspricht das den realen Kosten.</td>
</tr>
<tr>
<td>Nahrung</td>
<td>Cash(Naturalien)</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Realkosten</td>
<td>Mit den CHF 400 Franchise entspricht das den realen Kosten.</td>
</tr>
<tr>
<td>Hygiene und Ähnliches</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Realkosten</td>
<td>Mit den CHF 400 Franchise entspricht das den realen Kosten.</td>
</tr>
<tr>
<td>Transport</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Realkosten</td>
<td>Mit den CHF 400 Franchise entspricht das den realen Kosten.</td>
</tr>
<tr>
<td>Taschengeld</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Realkosten</td>
<td>Mit den CHF 400 Franchise entspricht das den realen Kosten.</td>
</tr>
<tr>
<td>juristischer Beistand</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Realkosten</td>
<td>Mit den CHF 400 Franchise entspricht das den realen Kosten.</td>
</tr>
<tr>
<td>Beratung/Betreuung</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Realkosten</td>
<td>Mit den CHF 400 Franchise entspricht das den realen Kosten.</td>
</tr>
<tr>
<td>Eingliederungsmassnahmen: Sprachkurse dt.</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Realkosten</td>
<td>Mit den CHF 400 Franchise entspricht das den realen Kosten.</td>
</tr>
</tbody>
</table>

*Von den Zentren wird 1 Person/Tag in einen Pool einbezahlt, der zur Finanzierung der Kleiderbörse verwendet wird. Der Betrag kommt also nicht zusätzlich zu den ausbezahnten Leistungen hinzu.*

II 5 - Schweiz
### Regelmässige Leistungen:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Posten</th>
<th>Art</th>
<th>Modalitäten</th>
<th>Leistungsdauer</th>
<th>Beträge</th>
<th>finanziert durch</th>
<th>bezogen bei</th>
<th>Abgeltungsmodus</th>
<th>Bemerkungen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>(Krankenkasse/Sozialversicherung)</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 510</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Realkosten</td>
<td>mit CHF 400 Franchise; (für Kinder kein Selbstbehalt)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Kleider</td>
<td>Cash oder Naturalien</td>
<td>die „Grundunterstützung“ bewegt sich zwischen einem Minimum von CHF 1157 und einem Maximum von CHF 1787</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 510</td>
<td>id.</td>
<td>Unterstützungsbeiträge des Bundes an die Kantone</td>
<td>Unterstützungsbeiträge erst ab 4 und stärker ab</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Nahrung</td>
<td>Cash (selten Naturalien)</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>Unterstützungsbeiträge des Bundes an die Kantone</td>
<td>Unterstützungsbeiträge erst ab 4 und stärker ab</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Hygiene und Ähnliches</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>5 Personen degressiv das Workfare-Modell</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Transport</td>
<td>id.</td>
<td>bei kooperativen Personen (nach Richtlinien BE)</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 534 Person/Monat</td>
<td>Betreuungsbeiträge für Betreuer/100 Flüchtln.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Taschengeld</td>
<td>id.</td>
<td>Richtlinien BE)</td>
<td>id.</td>
<td>Durchschnittswert</td>
<td>Bund und Kantone, Privatspenden, Volontärhilfe und Kontakstellen der Kirchen</td>
<td>Subventionen von Bund/Kantonen an Hilfswerke</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>juristischer Beistand</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>id.</td>
<td>Bund und Kantone, Privatespenden, Volontärhilfe und Kontakstellen der Kirchen</td>
<td>Subventionen von Bund/Kantonen an Hilfswerke</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Beratung/Betreuung</td>
<td>Dienstleistung</td>
<td>id.</td>
<td>Bund Gemeinden oder privaten Organisationen</td>
<td>in Gemeinden mit weniger als 50 AS keine staatlich finanzierte Betreuung</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

---

7. Von den Zentren wird 1/Person/Tag in einen Pool einbezahlt, der zur Finanzierung der Kleiderböse verwendet wird. Der Betrag kommt also nicht zusätzlich zu den ausbezahnten Leistungen hinzu.
### Prestations régulières :

<table>
<thead>
<tr>
<th>Prestations</th>
<th>Type</th>
<th>Modalités</th>
<th>Durée</th>
<th>Montants</th>
<th>Financé par</th>
<th>Fourni par</th>
<th>Mode financier</th>
<th>Remarques</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Loyer net (charges /entretien /équipement)</strong></td>
<td>nature</td>
<td>(en règle gén. 2 personnes par chambre)</td>
<td>1ère année de séjour</td>
<td>→ loyer brut = CHF 220 soit 190 + charges/entretien ; 2 chambres doubles: 6m² plus sanitaires et cuisine pour 10-12 pers. 1</td>
<td>la Confédération</td>
<td>AGECAS-canton</td>
<td>remboursement des frais effectifs par la Confédération</td>
<td>chiffres 1997</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Caisse-maladie/sécurité soc.</strong></td>
<td>service</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 260</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>remboursement frais réels (de santé, primes)</td>
<td>montant de la prime avec franchise CHF 600</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Habitation</strong></td>
<td>cash</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>→ CHF 21</td>
<td>Confédération et participation cant</td>
<td>id.</td>
<td>forfait assistance CHF 554 / personne</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Nourriture</strong></td>
<td>cash</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>→ CHF 300</td>
<td>(côté financement à raison de 85% par cant)</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Hygiène, autres</strong></td>
<td>cash</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>la Confédération et reste par des subventions cant.)</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Transport</strong></td>
<td>service</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>→ CHF 70</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Argent de poche</strong></td>
<td>cash</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>→ CHF 90</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>forfaits d'encadrement, postes et fonction des effectifs</td>
<td>conseils et moyens non inclus dans les postes d'encadrement</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Assistance juridique</strong></td>
<td>service</td>
<td>Selon besoins</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Conseils/assistance non-matérielle</strong></td>
<td>service</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>1 poste pour 25 réf.</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Mesures d'insertion: cours de français de 3 à 6 mois</strong></td>
<td>service</td>
<td>Selon intérêt (volontaire)</td>
<td>en gén. au début du séjour</td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Autres: mise à disposition d'ateliers, salle sport, etc.</strong></td>
<td>service</td>
<td>Selon possibilités de centres</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

1. Le loyer AGECAS fluctue entre 150 et 250.
2. Il s'agit là de moyennes de références très grossières.
3. Pour autant qu'elle ne concerne pas la procédure.
4. Sans le personnel administratif, 1 sur 15, compris tout le personnel administratif, de coordination, etc.
5. Le financement des postes d'encadrement est limité à six mois.

---

II 5 – Schweiz
### Prestations régulières :

<table>
<thead>
<tr>
<th>Prestations</th>
<th>Type</th>
<th>Modalités</th>
<th>Durée</th>
<th>Montants</th>
<th>Financé Par</th>
<th>Fourni par</th>
<th>Mode financier</th>
<th>Remarques</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Loyer net (charges et entretien)</td>
<td>nature</td>
<td>(en règle gén. 2 personnes par chambre)</td>
<td>1ère année de séjour</td>
<td>loyer brut = ~ CHF 480 soit charges/entretien</td>
<td>en principe 2 chambres de 12 à 16 m²</td>
<td>la Confédération</td>
<td>AGECAS-canton</td>
<td>remboursement des frais effectifs par la Confédération</td>
</tr>
<tr>
<td>Électricité</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>montant de la prime avec franchise 600</td>
</tr>
<tr>
<td>Caisse-maladie/sécurité soc</td>
<td>service</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>CHF 674</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>forfait assistance CHF 554 / personne</td>
</tr>
<tr>
<td>Habillement</td>
<td>cash</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>CHF 84</td>
<td></td>
<td>Confédération et participation</td>
<td>canton (cf tab. pers. seule)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Nourriture</td>
<td>cash</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>CHF 960</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>id.</td>
</tr>
<tr>
<td>Hygiène, autres</td>
<td>cash</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>id.</td>
</tr>
<tr>
<td>Transport</td>
<td>service</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>CHF 140</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>id.</td>
</tr>
<tr>
<td>Argent de poche</td>
<td>cash</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>CHF 130</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>id.</td>
</tr>
<tr>
<td>Assistance juridique³</td>
<td>service</td>
<td>Selon besoins</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>(cf tab. pers. seule)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Conseils/assistance non-mat</td>
<td>service</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>id.</td>
</tr>
<tr>
<td>Mesures d’insertion: cours de français de 3 à 6 mois</td>
<td>service</td>
<td>Selon intérêt (volontaire)</td>
<td>en gén. au début du séjour</td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>id.</td>
</tr>
<tr>
<td>Autres: mise à disposition d’ateliers, salle sport</td>
<td>service</td>
<td>selon possibilités du centre</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>id.</td>
</tr>
</tbody>
</table>

---

³ aucun titre de transport n'est prévu pour les enfants sauf s'ils prennent le bus pour aller à l'école
³ pour les enfants l'argent de poche est distribué à partir de 12 et jusqu'à 17 ans (36 puis 90)
³ pour autant qu'elle ne concerne pas la procédure
³ sans le personnel administratif ; 1 poste sur 15 y compris tout le personnel administratif, de coordination, etc.
### Prestations régulières :

<table>
<thead>
<tr>
<th>type</th>
<th>modalités</th>
<th>durée max.</th>
<th>montants</th>
<th>financé par</th>
<th>fourni par</th>
<th>mode financier</th>
<th>remarques/type</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>logement net</td>
<td>nature</td>
<td>modulable selon les personnes (pers. seules ou un loyer plus élevé que familles)</td>
<td>jusqu'au départ régulier ou à l'obtention d'un titre de séjour</td>
<td>CHF 213</td>
<td>Confédération correspondant à 12.72 pr GE (forfait moyen suisse de 13.50)</td>
<td>le canton</td>
<td>forfait hébergement par pers./nuit = 12.72 (adultes et enfants id.)</td>
</tr>
<tr>
<td>charges</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 260</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>frais textiles remboursés</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>électricité</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 55</td>
<td>✓</td>
<td>forfaits assistance de CHF 554/pers.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>caisse-maladie/sécurité soc.</td>
<td>cash</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 500</td>
<td>id.</td>
<td>les frais sont en principe remboursés par le canton (état)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>habillement</td>
<td>cash</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 70</td>
<td>id.</td>
<td>budget global des cantons</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>nourriture</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 90</td>
<td>✓</td>
<td>forfaits assistance de CHF 554/pers.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>hygiène, autres</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 715 (645 cash)</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>dépendances pour le secteur des réfugiés</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>transport</td>
<td>nature(abo)</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>id.</td>
<td>oevres d'entr., associations part., offertes à subventionnement de l'assistance jur. pour petits dépenses</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>argent de poche</td>
<td>cash</td>
<td>id.</td>
<td>✓</td>
<td>id.</td>
<td>nombre portes en fonction effectifs</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>assistance juridique13</td>
<td>service</td>
<td>id.</td>
<td></td>
<td>canton</td>
<td>une expérience d'un programme d'occupation est en cours</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>conseil/assistance non-mat.</td>
<td>service</td>
<td>id.</td>
<td>1 poste / 44 réfugiés</td>
<td>canton</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>mesures d'insertion</td>
<td>-</td>
<td></td>
<td></td>
<td>canton</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>autres: travaux d'occupation, cours divers</td>
<td>variable selon disponibilité de places</td>
<td></td>
<td></td>
<td>canton</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

12 Montant par rapport aux frais sur l'année: frais d'entretien, de sous-occupation, etc.; toutes les personnes sont actuellement logées dans des appartements loués ou possédés par l'HG; seuls quelques anciens cas restent dans des appartements trouvés par le propre soin.
13 Une personne seule dispose d'une chambre et d'un espace environ 12-14m² avec sanitaires et coin cuisine - à partager - compris. Des couples (mariés ou non) sont en principe logés dans un studio relativement grand, mais il arrive également que deux personnes de même sexe soient logées ensemble. Un couple avec deux enfants de 10 ans sera hébergé dans un 3 pièces ou 4 pièces (notamment si les enfants ne sont pas de même sexe).
14 Si les dépenses pour les enfants sont moindres dans le domaine de la prise en charge, il ne faut pas oublier que les frais scolaires sont à la charge des cantons.
15 Pour autant qu'elles ne concernent pas la procédure.
16 Le service juridique de l'HG intervient en cas de petits litiges, p.ex., pour un appartement.
17 Tout le personnel compris (administration, assistants sociaux, etc.)
18 En fonction des effectifs de réfugiés.
CH - Genève — 2ème année — requérant d’asile ou TPS — Famille — Date : juillet 1998

Prestations régulières :

<table>
<thead>
<tr>
<th>type</th>
<th>modalités</th>
<th>durée max.</th>
<th>montants</th>
<th>financé par</th>
<th>fourni par</th>
<th>mode financement</th>
<th>remarques/type</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Logement net</td>
<td>nature</td>
<td>modulable selon les personnes (pers. seules ont un loyer plus élevé que familles)</td>
<td>jusqu’au départ régulier ou à l’obtention d’un titre de séjour</td>
<td>Confédération correspond à 12.72 pr GE (forfait moyen suisse de 13.50)</td>
<td>le canton</td>
<td>forfait hébergement par pers./ nuit = 12.72 (adultes et enfants id.)</td>
<td>le canton est en mesure de couvrir ses frais avec les forfaits</td>
</tr>
<tr>
<td>charges électr.</td>
<td>nature</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>caisse-maladie/sécurité soc.</td>
<td>service</td>
<td>(2x77+2x260)</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 673</td>
<td></td>
<td>frais réels remboursés</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>habillement</td>
<td>cash</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>nourriture</td>
<td>cash</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>hygiène, autres</td>
<td>cash</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>transport</td>
<td>nature(abo)</td>
<td>(2x70 + 2x30)</td>
<td>id.</td>
<td>CHF 1000</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>argent de poche</td>
<td>cash</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>assistance juridique</td>
<td>service</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>conseils/assistance non-mat.</td>
<td>service</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>mesures d’insertion</td>
<td>-</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>autres: travaux d’occupation, cours divers</td>
<td>variable</td>
<td>parfois camps de vacances pr les enfants</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

17 Marge par rapport aux frais sur l’année: frais d’entretien, de sous-occupation, etc. Toutes les personnes sont actuellement logées dans des appartements loués ou possédés par l’HO; seuls quelques anciens cas restent dans des appartements trouvés par le propre soin.
18 Une personne seule dispose d’une chambre et d’un espace environ 12-14m² avec sanitaires et coin cuisine - à partager - compris. Des couples (maris ou non) sont en principe logés dans un studio relativement grand, mais il arrive également que deux personnes de même sexe soient logées ensemble. Un couple avec deux enfants de 10 ans sera hébergé dans un 3 pièces ou 4 pièces (notamment si les enfants ne sont pas de même sexe).
19 Il s’agit d’un montant théorique, car en réalité la plupart des familles ont des logements et charges moins importants, alors que pour les personnes seules, ces montants sont plus importants. Par exemple, il est impossible de s’en sortir avec 20 de frais d’électricité (abonnement) pour une personne seule.
20 Si les dépenses pour les enfants sont mensongères dans le domaine de la prise en charge, il ne faut pas oublier que les frais scolaires sont à la charge des cantons.
21 Un couple seul en ravache toutefois moins de 1’000
22 Le service juridique de l’HO intervient en cas de petits litiges, p.ex., pour un appartement,
23 Tout le personnel compris (administration, assistants sociaux, etc.).
24 En fonction des effectifs de réfugiés.
III Vergleichender Überblick

1 Teilbereiche der Sozialhilfe

1.1 Methodische Vorbemerkungen


Im Anhang (A1, A2) sind Angaben über geschätzte Kosten und Leistungen tabellarisch
dargestellt. Tabelle A3 präsentiert in summarischer Form die wichtigsten Ergebnisse zur Fürsorgesituation von TPS-Flüchtlingen

1.2 Regelmässige staatliche Leistungen zur existentiellen Grundsicherung

Wie eingangs erwähnt ist es vorerst naheliegend, Leistungen zu vergleichen, deren Gebrauchszweck klar umschrieben und deren Kostenwert einheitlich definiert ist. Am ehesten scheint dies bei der Hilfe in Form von Geld- bzw. Sachleistungen unter Ausschluss der Unterbringung der Fall zu sein (in der Folge Grundunterstützung genannt). In den meisten Ländern sind die entsprechenden Aufwendungen relativ einfach bestimbar, wobei eine weitergehende Aufgliederung nach Hilfen für Nahrung, Taschengeld usw. nicht immer möglich und insgesamt wenig sinnvoll ist.

Nun ist es aber so, dass beim sogenannten Erstunterstützungsbeitrag, den in Italien prinzipiell alle Asylsuchenden, die keine andere Unterstützung erhalten, einfordern können, die Ausgaben für die Unterkunft inbegriffen sind. Der Betrag von CHF 1895.– (ITL 1'575'000.–) wird meist einmalig für eine Dauer von 45 Tagen auszahlt. Obwohl er möglicherweise ausreicht, alle Lebenskosten – einschliesslich der Ausgaben für die Unterkunft – über die vorgesehene Zeitspanne hinweg abzudecken, bleibt die Summe wahrscheinlich für all jene Personen unausreichend, deren Verfahren mehrere Monate bzw. Jahre dauert. Unter Umständen kann die zentralstaatliche Leistung allerdings durch kommunale oder private Hilfen ergänzt werden, die aber landesweit so unterschiedlich ausfallen, dass sie hier nicht erfassbar sind. Ausserdem stellt sich beim Zusammentreffen von Leistungen aus verschiedenen Quellen jeweils die Frage, ob sie zusätzlich entrichtet oder der Erstunterstützung zugerechnet werden. Auch hier ist die Praxis je nach Region unterschiedlich.

Da Italien in diesem sample das einzige Land ist, das eine solche Pauschalunterstützung kennt, wurde der Betrag zu Vergleichszwecken auf eine durchschnittliche Monatshilfe über ein ganzes Jahr hinweg umgerechnet, die vergleichweise bescheiden ausrüettet und nur der Situation von Flüchtlingen Rechnung trägt, die tatsächlich über ein Jahr in Italien verweilen (siehe Tab. 1.2/a). Es muss aber betont werden, dass der Entwurf für ein neues Asylgesetz vorsieht, die Leistungsdauer den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen. Damit dürfte sich die materielle Situation der Asylsuchenden ab 1999 grundlegend verbessern.

Eine von der Praxis in anderen Staaten abweichende Situation kennt auch Österreich, wo nur eine Minderheit (20–30%) der Asylsuchenden in die zentralstaatliche Betreuung aufgenommen wird, während die übrigen Personen auf die Hilfe der Bundesländer bzw. Kommunen oder Wohlfahrtsverbände angewiesen sind. Da letztere Art von Unterstützung – ähnlich wie in Italien – je nach Wohnort und individueller Situation sehr unterschiedlich ausgestaltet ist, konnte im internationalen Vergleich lediglich die Lage von Flüchtlingen in Bundesbetreuung berücksichtigt werden. Eine zusätzliche Schwierigkeit ergab sich aus der Tatsache, dass die Unterstützungsleistungen, die für Personen in Bundesstellen aufgewendet werden, mit Ausnahme des Taschengeldes und der Bekleidungshilfen nicht nach der jeweiligen Verwendung (Unterbringung, Grundunterstützung) aufgegliedert und auch insgesamt nur geschätzt werden können. Eine Kompromisslösung bestand nun darin, die

Nach mehreren Aussagen beträgt bereits die Wartezeit für die Ausstellung des Beitrags oft mehrere Monate.
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

Vollverpflegungs- und Unterbringungspauschalen, die für die Aufnahme von Flüchtlingen in Gasthöfen (rund 20% der Bundesbetreuten) entrichtet werden, als Behelfsgrössen einzusetzen. Um die Personalkosten und den Gewinn der Pensionsbesitzer «auszuschalten», wurden die jeweiligen Beträge um 20% reduziert, so dass sie den geschätzten Aufwendungen in Bundesstellen nahekommen.


Bemerkenswerterweise ändert sich das Gesamtbild, wenn man die Unterstützung für eine Familie mit 10jährigen Zwillingen betrachtet (Tab. 1.2/f). An erster Stelle stehen hier diejenigen (Glied-)Staaten, welche die Leistungen bei zunehmender Familiengrösse nur schwach oder überhaupt nicht degressiv berechnen, das heisst Deutschland und Österreich: Im italienischen und österreichischen System werden die Grundleistungen inklusive Taschengeld vervierfacht. In Deutschland und im Kanton Bern werden die Einzelansätze pro zusätzliches Familienmitglied nur leicht abnehmend angesetzt; in Dänemark und im Kanton Genf hingegen erhält eine vierköpfige Familie weniger als den dreifachen Betrag einer Einzelperson (in der zweiten Aufnahmephase in Genf sogar wesentlich weniger). Inwiefern die Unterschiede in der Behandlung von Einzelpersonen und Familien auf Spezifitäten der Lebensumstände, der Asylpopulationen und/oder auf Besonderheiten der nationalen Fürsorgesysteme zurückzuführen sind, konnte nicht im Einzelnen erforscht werden. Nach Aussagen der zuständigen Verantwortlichen sind in Genf die Hilfen für alleinstehende Personen in Privatwohnungen vergleichsweise hoch bemessen, weil dies angesichts der Lebenshaltungskosten unerlässlich erscheint.


Alle Staaten sehen übrigens die Streichung des Taschengelds sowie die Beschränkung der Grundleistungen aus disziplinarischen Gründen vor. Der Kanton Bern geht sogar noch einen

14 Diese Regelung gilt, obwohl Asylsuchende praktisch nie offiziell erwerbstätig sind.


Neben dem Umfang der Leistungen ist aus der Perspektive der Flüchtlinge die Abgabeform sicherlich von Interesse (Tab. 1.2/c,d): Man darf annehmen, dass die meisten Hilfebezieher/innen Barbeträge gegenüber Wertgutscheinen und diese wiederum gegenüber Sachleistungen wie Nahrungspaketen und Vollverpflegung vorziehen. Wird vom Taschengeld abgesehen, geben Österreich und Brandenburg ausschliesslich Sachleistungen ab, während die übrigen Staaten eher dazu neigen, auf breiter Basis Barleistungen zu gewähren. In Hessen und Bern entscheiden allerdings die Kommunen selbständig über die Abgabemodalitäten. Nach mehreren Aussagen spricht für die erste Lösung die Bemühung, allfälligen Missbräuchen vorzubeugen. Da die Priorität von Sachleistungen, die manchmal gesetzlich abgestützt ist, nur für Asylsuchende, nicht aber für inländische Sozialhilfeempfänger/innen gilt, kann vermutet werden, dass in diesem Zusammenhang auch dissuasive Absichten eine Rolle spielen. Vielfach entscheiden sich die zuständigen Behörden aus rein praktischen Gründen für die Abgabe von Barleistungen. Ferner ist leicht einzusehen, dass die Verteilung von Naturalien in Gemeinschaftsunterkünften wesentlich einfacher zu organisieren ist, als dies in Fürsorgesystemen, die auf privater Unterbringung basieren, möglich ist.

Bezüglich der Kosten lässt sich aufgrund der vorangegangenen Ausführungen festhalten, dass die Pro-Kopf-Aufwendungen in den meisten Staaten, mit Ausnahme von Italien, ähnlich sind, wobei nicht vergessen werden darf, dass in Österreich nur eine Minderheit der Asylsuchenden bundesstaatliche Leistungen erhält und das auch nur bis zu drei Monate über den rechtmässigen Abschluss des Verfahrens hinaus (siehe Tab. 2; Leistungsdauer). In Dänemark, Deutschland und der Schweiz dagegen bleiben Flüchtlinge prinzipiell bis zur effektiven Ausreise oder einer aufenthaltssrechtlichen Regelung leistungsberechtigt. Die Grundleistungen belaufen sich je nach Land auf rund 40%-50% der gesamten Pro-Kopf-Ausgaben im Fürsorgebereich, unter Ausschluss aller Lohn- und Verwaltungskosten (vgl. 126).

Tabelle 1.2 – Regelmässige staatliche Leistungen an Asylsuchende: monatliche Beträge in CHF nach Kaufkraftparität gewichtet

<table>
<thead>
<tr>
<th>Länder</th>
<th>Dänemark</th>
<th>Deutschland</th>
<th>Hessen</th>
<th>Italien</th>
<th>Österreich</th>
<th>Schweiz</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Brandenburg</td>
<td>425.–</td>
<td>432.–</td>
<td>432.–</td>
<td>158.–</td>
<td>462.–</td>
<td>361.–</td>
</tr>
<tr>
<td>Hessen</td>
<td></td>
<td>3</td>
<td>3</td>
<td>5</td>
<td>2</td>
<td>6</td>
</tr>
<tr>
<td>Genf</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>598.–</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1. Phase</td>
<td>481.–</td>
<td>383.–</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2. Phase</td>
<td>481.–</td>
<td>383.–</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Form der Grundunterstützung für 1) Nahrung, Hygiene usw. und für 2) Kleidung

<table>
<thead>
<tr>
<th>Fenster</th>
<th>Dänemark</th>
<th>Deutschland</th>
<th>Hessen</th>
<th>Italien</th>
<th>Österreich</th>
<th>Schweiz</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1) bar</td>
<td>425.–</td>
<td>79.–</td>
<td>432.–</td>
<td>158.–</td>
<td>361.–</td>
<td>411.–</td>
</tr>
<tr>
<td>id.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>1383.–</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2) bar</td>
<td>432.–</td>
<td>411.–</td>
<td>158.–</td>
<td>73.–</td>
<td>361.–</td>
<td>411.–</td>
</tr>
<tr>
<td>(ausser</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>1383.–</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Empfängstel.)</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>1383.–</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>bar</td>
<td>432.–</td>
<td>411.–</td>
<td>158.–</td>
<td>73.–</td>
<td>361.–</td>
<td>411.–</td>
</tr>
<tr>
<td>bar</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>1383.–</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Von der Grundunterstützung maximal ausbezahlter Barbetrag pro Monat

<table>
<thead>
<tr>
<th>Fenster</th>
<th>Dänemark</th>
<th>Deutschland</th>
<th>Hessen</th>
<th>Italien</th>
<th>Österreich</th>
<th>Schweiz</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1. Ansatz</td>
<td>1241.–</td>
<td>1502.–</td>
<td>1502.–</td>
<td>1828.–</td>
<td>1388.–</td>
<td>1364.–</td>
</tr>
<tr>
<td>Ansätze</td>
<td>1502.–</td>
<td>1520.–</td>
<td>1520.–</td>
<td>1828.–</td>
<td>1388.–</td>
<td>1364.–</td>
</tr>
<tr>
<td>für Ehepaar mit zwei 10jährigen Kindern und max. Barbetrag</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Fenster</th>
<th>Dänemark</th>
<th>Deutschland</th>
<th>Hessen</th>
<th>Italien</th>
<th>Österreich</th>
<th>Schweiz</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Ansätze für Nahrung und Taschengeld</td>
<td>1241.–</td>
<td>1502.–</td>
<td>1502.–</td>
<td>1828.–</td>
<td>1388.–</td>
<td>1364.–</td>
</tr>
<tr>
<td>Ansätze für Nahrung und Taschengeld</td>
<td>1502.–</td>
<td>1520.–</td>
<td>1520.–</td>
<td>1828.–</td>
<td>1388.–</td>
<td>1364.–</td>
</tr>
<tr>
<td>Ansätze für Nahrung und Taschengeld</td>
<td>1828.–</td>
<td>2085.–</td>
<td>2085.–</td>
<td>2438.–</td>
<td>2070.–</td>
<td>2122.–</td>
</tr>
</tbody>
</table>

1.3 Unterbringung

Zweifellos ist die Frage der Unterbringung von Asylsuchenden von zentraler Bedeutung, und zwar sowohl für die betreffenden Personen selbst als auch für die Aufnahmegesellschaft. Eine Diskussion verschiedener Unterbringungskonzepte und ihrer Implikationen für eine mögliche Integration der Flüchtlinge kann selbstverständlich im Rahmen dieser Studie nicht geführt werden. Angesichts der Vielzahl von Aufnahmestrukturen und Unterbringungsformen scheint es praktisch unmöglich, die «Versorgung mit Wohnraum» innerhalb sinnvoller Frist auf einen Nenner zu bringen. Schliesslich war es beispielsweise nicht möglich, die staatlichen Aufnahmeeinrichtungen systematisch zu besuchen und aufgrund eines einheitlichen

[129 Einige interessante Beiträge zu diesem Thema wurden an einem europäischen Seminar von France Terre d'Asile in Paris gesammelt (FTDA 1998).]

Praktisch ausschließlich in Gemeinschaftszentren untergebracht sind die Asylsuchenden in Dänemark, Österreich, Brandenburg und während der ersten Aufnahmephase (7-12 Monate) in den beiden Schweizer Kantonen (Tab.1.3/a). Überall besteht aber die Möglichkeit, dass Flüchtlinge mit spezifischen Bedürfnissen oder Behinderungen schon zu Beginn des Aufenthalts in Privatwohnungen ziehen. In Hessen lebt rund ein Drittel der Asylsuchenden in Privatunterkünften, während in Bern und Genf die Übersiedlung in Wohnungen, die von den lokalen Behörden zur Verfügung gestellt werden, prinzipiell nach der ersten Aufenthaltsphase stattfindet.

In Italien und Österreich findet nur eine Minderheit der Asylsuchenden überhaupt in staatlichen Stellen Obdach. Alle anderen müssen sich an private Organisationen wenden und können meist nur über eine beschränkte Zeit hinweg – wenn überhaupt – beherrscht werden. Bemerkenswert ist immerhin die Tatsache, dass in beiden Ländern eine größere Zahl von bosnischen Flüchtlingen in staatlich finanzierten Zentren oder Privatunterkünften aufgenommen worden ist und dort teilweise bis heute lebt. Das gilt übrigens auch für Dänemark, wo Personen unter TPS im Unterschied zu Asylsuchenden oft privat untergebracht wurden. Es bliebe abzuklären, inwiefern (integrations)politische, finanzielle oder praktische Überlegungen (Familien) für die Unterbringungspraxis bei verschiedenen Statusgruppen ausschlaggebend waren.

Ferner stellt sich die Frage, ob für Asylsuchende nicht letztlich das geographische Umfeld und andere Aufenthaltsbedingungen ausschlaggebender sind als der Wohnkomfort stricto sensu. In zahlreichen Gesprächen wurde darauf hingewiesen, dass Flüchtlinge selbst unter unbequemen Wohnbedingungen eine (gross)städtische Umgebung gegenüber dem Land vorziehen. So wird beispielsweise in Österreich berichtet, dass Asylsuchende nicht selten die staatlichen Aufnahmeeinrichtungen, welche allesamt in ländlichen bzw. kleinstädtischen Regionen liegen, verlassen, um nach Wien zu ziehen, obwohl sie dadurch alle öffentlichen Unterstützungsleistungen verlieren. In Brandenburg beobachten zuständige Beamte, dass vorwiegend Frauen und Kinder in den Empfangseinrichtungen verbleiben, während jüngere Männer in die Städte ziehen, wo sie bessere Chancen haben, gelegentliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden. (Auf die Frage der Bewegungsfreiheit wird im letzten Teilkapitel kurz eingegangen.) Umgekehrt ist kaum zu bestreiten, dass das Leben in geregelten Strukturen gewissen Asylsuchenden Sicherheit verleiht und eine Reihe von Vorteilen (Kontakte zu Landsleuten, gemeinsame Tätigkeiten, Kochen usw.) verschafft.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Dänemark, Brandenburg und Österreich

Tabelle 1.3 Unterbringungsstandards und veranschlagte durchschnittliche Mietkosten: monatliche Beträge in CHF nach Kaufkraftparität gewichtet

<table>
<thead>
<tr>
<th>Dänemark</th>
<th>Deutschland</th>
<th>Italien</th>
<th>Österreich</th>
<th>Schweiz</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Brandenburg</td>
<td>Hessen</td>
<td>1/3 Unterkunft eingeschlossen</td>
<td>1/3 zur Baukostenbetrachtung</td>
<td>Bern 1. Phase</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Form der üblichen Unterbringung (Gemeinschaftseinrichtungen=Zentren)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Form der üblichen Unterbringung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>a Zentren</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Minimale Wohnraumstandard für die Unterbringung in Gemeinschaftseinrichtungen

<table>
<thead>
<tr>
<th>Minimale Wohnraumstandard</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>b 5 m² (auf 2,5m Höhe)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Veranschlagte Mietkosten in Gemeinschaftseinrichtungen (nach durchschnittlichen Mietkosten in der Schweiz 1 m² = CHF 13.10 pro Monat, ohne Berücksichtigung der Betriebskosten für Energie, Wasser usw.)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Veranschlagte Mietkosten (nach durchschnittlichen Mietkosten in der Schweiz 1 m² = CHF 13.10 pro Monat)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>c 131.−</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Ein Vergleich der effektiven Unterbringungskosten ist aus mehreren Gründen nicht unproblematisch: In vielen Fällen werden nicht die eigentlichen Mietausgaben, sondern bei Gemeinschaftsunterkünften generelle Betriebskosten, meist ohne Berücksichtigung der getätigten Investitionen, angegeben. Umgekehrt schliessen diese Beträge andere Ausgaben wie Mehrkosten für unbesetzte Plätze oder Wohnungen ein, die je nach Belegung stark schwanken. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich aus der Tatsache, dass die durchschnittlichen Unterkunftskosten meist pro Person berechnet werden, aber bei zunehmender Haushaltsgrösse degressiv anfallen, ohne dass entsprechende Normen dafür vorliegen (wie etwa bei den Unterstützungsleistungen).


130 Durchschnittlicher Mietpreis für Wohnungen in der Schweiz = CHF 13.10 pro m² und Monat, wobei zum minimalen persönlichen Wohnraum, wenn keine anderen Normen vorlagen, 5 m² Bewegungsfläche (Bad, Küche, Gemeinschaftsräume) zugerechnet wurden. Quelle: Mietpreis Strukturhebung 1996 - BFS (1997).

1.4 Betreuung

Neben den materiellen Umständen der Unterbringung beeinflusst zweifellos auch die Ausgestaltung der Betreuung den Aufenthalt der Flüchtlinge. In einer rein quantitativen Perspektive wurden Informationen über die Betreuungsschlüssel in verschiedenen Ländern gesammelt. Da aber mehrere Staaten in diesem Bereich keine minimalen Standards wie beispielsweise für den Leistungsumfang kennen, war es ausserordentlich schwierig, verlässliche Grössenangaben zu erheben.131 Schon der Term «Betreuung» gibt Anlass zu Missverständnissen, wird er doch in Deutschland mit (psycho)sozialer Beratung gleichgesetzt, während in der Schweiz oder in Österreich so ungefähr alle Aktivitäten, die in Aufnahmezentren verrichtet werden, darunter fallen (Verwaltung, Sprachunterricht, Hausmeisterarbeit, Nachtwache usw.). Im dänischen Aufnahmesystem ist die Aktivitätenpalette noch breiter, da in den Gemeinschaftseinrichtungen auch Volksschullehrer, Juristen, Ärzte und Pflegepersonal beschäftigt sind.

Offensichtlich verfügen in vielen Staaten private Organisationen über Expertenwissen auf diesem Gebiet, was mit ein Grund bzw. eine Folge ihrer häufigen Tätigkeit im Bereich der Aufnahme und Begleitung von Asylsuchenden ist. Kaum zu übersehen ist ausserdem die Tatsache, dass die Beratungstätigkeit von humanitären Vereinigungen je nach Lage unterschiedlich wahrgenommen wird und gelegentlich Anstoss zu Interessenkonflikten mit den zuständigen Behörden liefern kann. In allen untersuchten Ländern lässt sich aber eine mehr oder weniger enge Zusammenarbeit von Wohlfahrtsverbänden und Behörden beobachten.

Nur eine Umfrage unter Asylsuchenden132 könnte allenfalls Hinweise darüber liefern, wie sie die jeweilige Betreuung erleben: als wichtige Hilfe bei der Orientierung im neuen Kontext, als moralische Unterstützung, als Kontrolle usw. Ob die Intensität der Betreuung als solche, ähnlich wie beispielsweise der Leistungsumfang, als Anziehungsfaktor gelten könnte, bleibe

131 Bezeichnenderweise erlässt das LG zur Unterbringung und der Sozialleistungen nicht aber hinsichtlich der Betreuung.
132 Je nach Behörde oder Organisation werden die Asylsuchenden als Klienten, Schutzlinge, Heimwähn/innen, Migranten usw. betitelt.
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

Die aufgeführten Betreuungsschlüssel sind insofern nicht vergleichbar, als sie in der Schweiz – mit Ausnahme der ersten Aufnahmephase in Genf – das administrative Personal einschliessen, während sie in Deutschland auf die Sozialberater/innen beziehen. Trotzdem wurden die vorhandenen Angaben in die Tabelle aufgenommen und auf Basis der Betreuungspauschalen des Bundesamtes für Flüchtlinge (CHF 80'000.– pro Jahr für die gesamten Lohnkosten) in CHF–Betrag umgerechnet (Tab. 1.4/b). Aufgrund der errechneten Beträge lässt sich illustrieren, dass die entsprechenden Kosten auf die Pro-Kopf-Gesamtausgaben je nach Situation sehr unterschiedliche Auswirkungen haben können. Es ist daher ausserordentlich wichtig, dass bei Kostenberechnungen die jeweilige Aufnahmephase sowie die Frage, welche Personalkosten eingeschlossen sind, einbezogen werden.

Tabelle 1.4 Soziale und administrative Betreuung (sehr beschränkte Vergleichbarkeit)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Dänemark</th>
<th>Deutschland</th>
<th>Italien</th>
<th>Österreich</th>
<th>Schweiz</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>Brandenburg</td>
<td>Hessen</td>
<td>Bern 1.Phase</td>
<td>Genf 1.Phase</td>
</tr>
<tr>
<td>Betreuungsschlüssel (Anzahl Betreuungsstellen im Verhältnis zur Zahl der Flüchtlinge):</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>n</td>
<td>1/78 AS</td>
<td>1/100–150 AS</td>
<td>1/11*</td>
<td>1/100*</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>keines gesicherter Angaben</td>
<td>soziale Betreuung</td>
<td>soziale Betreuung</td>
<td>1/25</td>
</tr>
<tr>
<td>Theoretische Lohnkosten nach Betreuungsschlüssel (als Richtlinie dient eine Betreuungstelle in der Schweiz mit jährlichen Lohnkosten = CHF 80'000.–)</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>b</td>
<td>85.–</td>
<td>53.– (1/125)</td>
<td>605.–</td>
<td>67.–</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>267.– 151.–</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Alle mit * gekennzeichneten Angaben schliessen administratives u. anderes Personal in Asylzentren ein.

1.5 Eingliederungs- und Beschäftigungsmassnahmen


Tabelle 1.5 Staatliche Beschäftigungs- und Eingliederungsmassnahmen

<table>
<thead>
<tr>
<th>Dänemark</th>
<th>Deutschland</th>
<th>Italien</th>
<th>Österreich</th>
<th>Schweiz</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Brandenburg</td>
<td>Hessen</td>
<td>nur privat initiiertes Angebot</td>
<td>nur privat initiiertes Angebot</td>
<td>keine Sprachkurse oder Eingliederungsmassnahmen in Bundesbeteiligung</td>
</tr>
</tbody>
</table>

* * * umfassende Leistungen; * * relativ umfassend; * beschränkte Leistung

1.6 Medizinische Versorgung

Die medizinische Versorgung der Asylsuchenden wurde nur am Rande behandelt, so dass kaum gesicherte Angaben über die Praxis in diesem Bereich geliefert werden können. Aus grundsätzlicher Sicht lässt sich immerhin festhalten, dass der Zugang zum Gesundheitssystem für bundesbetreute Asylsuchende in Österreich und für alle Flüchtlinge in der Schweiz aus deren Perspektive als optimal betrachtet werden kann, da die betreffenden Personen der obligatorischen Krankenversicherung angeschlossen sind, die eine umfassende Grundversorgung abdeckt. Wie Inländer/innen haben die Flüchtlinge weitgehend freie Arztwahl und Zugang zu öffentlichen Spitälen.

In Dänemark werden die Flüchtlinge in den medizinischen Diensten der Aufnahmeeinrichtungen behandelt und nur in Notfällen oder für Geburten in öffentliche Spitäler überwiesen. Das deutsche Asylbewerberleistungsgesetz berechtigt Flüchtlinge bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen, ärztliche Hilfe zu suchen. Da sie aber nicht versichert sind, müssen sie sich vom zuständigen Sozialamt, das die Kosten für die Behandlung trägt, einen Krankenschein ausstellen lassen. Die Praxis der Behörden gestaltet sich offenbar je nach Kommune sehr unterschiedlich. Jedenfalls herrscht über die Frage, was unter akuten Krankheiten zu verstehen sei, nicht immer Einigkeit.


Angaben über die Kosten im Gesundheitsbereich liegen nur für Brandenburg vor. Sie beliefen sich im vergangenen Jahr auf monatlich CHF 142 pro Person. Interessanterweise wurde in Österreich seit 1992 die Erfahrung gemacht, dass bundesbetreute Asylsuchende durchschnittlich weniger Gesundheitskosten verursachen als die österreichische Allgemeinbevölkerung.

Tabelle 1.6 – Medizinische Versorgung

<table>
<thead>
<tr>
<th>Dänemark</th>
<th>Deutschland</th>
<th>Italien</th>
<th>Österreich</th>
<th>Schweiz</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Behandlung bei DRK-Ärzten, in Notfällen Zugang zu Gesundheitsdienst</td>
<td>Behandlung akuter u. chron. Krankheiten auf Ausstellung eines Krankenscheins, prinzipiell freie Arztwahl, Praxis unterschiedlich</td>
<td>nur in Notfällen Zugang zum nationalen Gesundheitsdienst</td>
<td>nur Bundesbetreuten obligatorische Krankenversicherung, freie Arztwahl</td>
<td>obligatorische Krankenversicherung (KVG), freie Arztwahl</td>
</tr>
</tbody>
</table>

*** umfassende Leistungen; ** relativ umfassend; * beschränkte Leistungen
2 Systemvergleich

Wie die vorangegenden Ausführungen verdeutlichen, variiert die Höhe der staatlichen Unterstützung in strukturell ähnlichen Aufnahmesystemen nur gering. Unterschiede sind eher im Bereich der «Integrationsmassnahmen» (Sprachkurse, Beschäftigung), der Unterbringungsform und der medizinischen Versorgung auszumachen. Die bisherigen Vergleiche bezogen sich ausschliesslich auf die (zentral)staatlich garantierte Unterstützung, ohne dass die kommunalen, kirchlichen, privaten und freiwilligen Leistungen berücksichtigt wurden. In zwei Staaten spielen diese aber eine bedeutende Rolle, da die öffentlichen Leistungen nur für einen kurzen Zeitraum erbracht werden (Italien) oder lediglich einer Minderheit der Asylsuchenden zustehen (Österreich). Aus der Perspektive der Flüchtlinge können gemeinnützige oder private Leistungen, auf die kein Anspruch besteht, unverzichtbare Ergänzung zur staatlichen Unterstützung darstellen und sind daher mindestens so wichtig wie das staatlich garantierte Versorgungsniveau. Im Folgenden soll die Ausgestaltung der nationalen Aufnahmesysteme unter dem Aspekt der Komplementarität zwischen öffentlichen und privaten oder karitativen Hilfestellungen beleuchtet werden. Ich gehe dabei von der These aus, dass die Fürsorgepraxis im Asylbereich nicht allein - wie gelegentlich postuliert wird - durch das Geschehen im migrationspolitischen Feld, sondern primär durch die Entwicklung der nationalen Sozialhilfesysteme geprägt wird.

Obwohl die Leistungen an Asylsuchende - anders als bei anerkannten Flüchtlingen - inzwischen in zahlreichen Staaten Europas nach spezifischen Standards für einen kurzfristigen Aufenthalt bemessen sind, orientiert sich die Fürsorgepraxis im Asylbereich vielfach an Grundzügen der nationalen Sozialsysteme. Somit gilt, dass in Ländern, wo ein genereller Anspruch auf Existenzsicherung gesetzlich verankert ist oder zumindest als ungeschriebenes Gesetz anerkannt und durchgesetzt wird, entsprechende Prinzipien mit Wahrscheinlichkeit auch auf Asylsuchende ausgedehnt werden (Dänemark, Deutschland, Schweiz; vgl. Tab. 2.2). Diese Staaten haben parallel zum inländischen Sozialhilfesystem allmählich spezifische Strukturen für die Aufnahme von Asylsuchenden entwickelt. Bis Anfang der 90er Jahre wichen die Leistungsniveau für Flüchtlinge kaum von dem für inländische Hilfeempfänger/innen ab. Inzwischen sind die Ansätze mit Blick auf die sozioökonomischen Verhältnisse in einigen Herkunftsländern von Asylsuchenden abgesenkt worden und liegen nach groben Schätzungen zwischen 10% bis 40% unter den Normen für Inländer/innen.


133 Bis 1993 waren die Asylsuchenden in Deutschland wie Einheimische nach dem Bundessozialhilfegesetz leistungsberechtigt. In der Schweiz galten meist die üblichen kantonalen Vorgaben im Fürsorgebereich. In Dänemark wird der Vergleich dadurch erschwert, dass die Asylsuchenden schon vor 15 Jahren in spezifischen Strukturen aufgenommen wurden.
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende


Tabelle 2.1 Zentralstaatlich garantierte Leistungen an Asylsuchende

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>Dänemark</th>
<th>Deutschland</th>
<th>Italien</th>
<th>Österreich</th>
<th>Schweiz</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Grundleistung</td>
<td>ja</td>
<td>ja</td>
<td>1,5 Monate</td>
<td>nur für 20–30% AS</td>
<td>ja</td>
</tr>
<tr>
<td>Unterbringung</td>
<td>ja</td>
<td>ja</td>
<td>id.</td>
<td>id.</td>
<td>ja</td>
</tr>
<tr>
<td>Eingliederungsmassnahmen</td>
<td>ja</td>
<td>nein</td>
<td>nein</td>
<td>nein</td>
<td>bedingt</td>
</tr>
<tr>
<td>Medizinische Grundversorgung</td>
<td>bedingt</td>
<td>bedingt</td>
<td>nein</td>
<td>nur für 20–30% AS</td>
<td>ja</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Man darf ausserdem vermuten, dass die vermehrte EU-Zusammenarbeit im Asylbereich sowohl für die italienische als auch für die österreichische Aufnahmepraxis Konsequenzen haben wird. Übrigens: das EU-Recht erzwingt die Existenzsicherung von EU-Staatsangehörigen, nicht aber von Drittstaatenangehörigen.134 Aus der Genfer Flüchtlingskonvention könnte man allerdings mittelbar einen Versorgungsanspruch für die Dauer des Asylverfahrens herleiten. Unter anderem wird sich die Frage stellen, inwiefern sich die beiden Staaten weiterhin auf eine subsidiäre Rolle bei der Betreuung von Flüchtlingen beschränken können. Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass kirchliche und karitative Organisationen vielfach staatlich subventioniert werden und das Fehlen an öffentlichen Strukturen ein Stück weit «kompensieren». Jedenfalls scheint allen beteiligten Akteuren bewusst zu sein, dass die meisten Flüchtlinge kaum über ausreichende Mittel zur existentiellen Grundsicherung verfügen. Sollen akute Notlagen vermieden werden, sind neben der Möglichkeit staatlicher und privater bzw. karitativer Unterstützung nur wenige Alternativen denkbar: Falls Asylsuchende nicht vorher weiterreisen, was das Problem lediglich verschließen würde, müssten sie entweder auf die Hilfe von bereits anwesenden Verwandten oder auf eigene Erwerbsinkünfte zurückgreifen können. Dies wiederum setzt prinzipiell eine arbeitsrechtliche und soziale Integration voraus, die zahlreiche mittel- oder nordeuropäische Staaten eben durch asylspezifische Aufnahmeregelungen und einen Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt zu vermeiden suchen.

134 Das Europäische Fürsorgeabkommen (Europarat) knüpft für die Leistungsgewährung an den rechtmäßigen Aufenthalt an.
Tabelle 2.2 Grundzüge der Aufnahmeorganisation in den fünf untersuchten Staaten

<table>
<thead>
<tr>
<th>Dänemark</th>
<th>Deutschland</th>
<th>Italien</th>
<th>Österreich</th>
<th>Schweiz</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Rechtliche Grundlagen und administrative Organisation</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Die Länder sind für die Unterkunft und Leistungen zuständig, aber die Richtlinien sind bundesweit geregelt.</td>
<td>Der Bund übernimmt auf diskretionärer Basis die Betreuung für eine Minderheit der Asylsuchenden. Im Übrigen sind die Länder als Hebegebiete für die Sozialhilfe zuständig. Wien u. Kärnten gewähren AS keine Unterstützung, andere Länder stellen Unterkünfte und/oder zusätzliche Leistungen zur Verfügung.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Dauer der staatlichen Unterstützung</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>bis zur Erteilung eines Aufenthaltsstatus oder Abschiebung</td>
<td>während 45 Tagen sofern keine erstinstanzliche Ablehnung vorliegt</td>
<td>Bundesschutzbeträgen bis höchstens 3 Monate nach rechtsmedizinischer Ablehnung des Asylantrages</td>
<td>bis zur Erteilung eines Aufenthaltsstatus oder Abschiebung</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>außerschulisch und sozialrechtlich besonders prekäre Situation von AS in Rekursinstanz</td>
<td>Nach rechtsmedizinischer Beendigung des Verfahrens, Ausschluss aus der Betreuung</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Staatliche Finanzierung</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Kosten werden vom Staat vollumfänglich übernommen.</td>
<td>Die Finanzierung wird auf der Ebene der Bundesländer nach unterschiedlichen Modalitäten geregelt. In Brandenburg werden die Kosten den Kreisen/Kommunen vollumfänglich zurückgezahlt, in Hessen zu 80%.</td>
<td>Neben den Leistungen des Innenministeriums tragen die Kommunen Kosten für die Aufnahmestrukturen.</td>
<td>Der Bund finanziert die Aufnahmeinstanzen der Kantone in Form von Pauschalbeträgen und Realkostenabgeltungen für die Unterbringung in Erstaufnahmecentren.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Neben den Leistungen des Innenministeriums tragen die Kommunen Kosten für die Aufnahmestrukturen.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Bedeutung und Funktionen privater Organisationen</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>
Vergleich von Sozialleistungen an Asylsuchende

Literaturhinweise

CIR Consiglio Italiano per i Rifugiati (1998) Informazioni generali per i richiedenti asilo alla frontiera, CIR con il contributo della Commissione Europea, Rom.
ICMPD International Centre for Migration Policy Development (1994) A comparative analysis of entry and asylum policies in selected western countries, prepared by Jonas Widgren; Vienna.


RÖSELER, S. (1998a) *Sozialstaat und Konventionsflüchtlinge - Mehr Soll als Haben* (im Druck)


### ANHANG

**Tabelle A1 Regelmaßige staatliche Ausgaben pro Person und Monat in CHF nach Kaufkraftparität gewichtet (vgl. staatliche Kostenabgeltung)**

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>Dänemark</th>
<th>Deutschland</th>
<th>Italien</th>
<th>Österreich</th>
<th>Schweiz</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>a</strong> wichtiger Kostenträger</td>
<td>Zentralstaat</td>
<td>Bundesland</td>
<td>Zentral-staat, Komm., private Org.</td>
<td>Bund, Komm., private Organisationen</td>
<td>Bund</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>b</strong> zweitrangige Kostenträger</td>
<td>Brandenburg</td>
<td>Hessen</td>
<td></td>
<td>Gemeinden</td>
<td>Genf</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>c</strong> gesetzte Ausgaben des Hauptkostenträgers</td>
<td>1678.-</td>
<td>818.-</td>
<td>860.-</td>
<td>1263.-</td>
<td>934.-</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>917.-</td>
<td>936.-</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>d</strong> zusätzliche staatliche Ausgaben</td>
<td>+ ~15% Ausgaben der Kommunen &lt;= 1012.</td>
<td>+ gelegentlich Ausgaben Kommunen</td>
<td></td>
<td>+ gelegentlich Ausgaben Kommunen</td>
<td>+ 15% Ausgaben des Kantons == 1101.-, siehe²</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>e</strong> davon geschätzter Anteil der Gesamtkosten für Unterkunft</td>
<td>256.- == 31%</td>
<td>455.- == 45%</td>
<td>-</td>
<td>436.- == 47% (Privatunterkunft)</td>
<td>max. 368.- == 33% (Privatunterkunft)</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>g</strong> Gesamttotal</td>
<td>1678.-</td>
<td>962.-</td>
<td>1012.-</td>
<td>1263.-</td>
<td>1059.-</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>1116.-</td>
<td>1361.-</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>i</strong> Rang</td>
<td>1</td>
<td>7</td>
<td>6</td>
<td>3</td>
<td>5</td>
</tr>
</tbody>
</table>

¹ Die Daten beziehen sich auf die Rubrik „Kostenabgeltung“ der Länderstatistiken. Die Leistungen sind zwar in diesen Beträgen enthalten, aber nicht direkt daraus ablesbar.

² Diese Berechnung „linkt“ insofern, als die Pauschale auf die zweite Aufnahmephase (Privatunterkunft), die 15% Mehrkosten aber auf die erste Aufnahmephase bezogen sind.

³ Es ist wichtig, zu berücksichtigen, dass in dieser Pauschale, welche das Dänische Rote Kreuz vom Innenministerium erhält, sämtliche Lohn- und Verwaltungsauslagen für die Unterbringung (nicht für das Verfahren) sowie Schulkosten, Gesundheitsausgaben und Lohnkosten (für DRK-Arzt, Lehrer usw.) und Kulturausgaben (Kulturhaus in Kopenhagen) enthalten sind. Nicht inbegriffen sind hingegen Miet- und Energiekosten, welche direkt vom Innenministerium bezogen werden.
<table>
<thead>
<tr>
<th>Land</th>
<th>Dänemark</th>
<th>Deutschland</th>
<th>Italien</th>
<th>Österreich</th>
<th>Schweiz</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>Brandenburg</td>
<td>Hessen</td>
<td>Unterkunft eingeschlossen</td>
<td>nur bundesbetreute Flüchtlingszentren (20-30%)</td>
<td>Bern; 1. Phase</td>
</tr>
<tr>
<td>a) Grundleistungen pro Einzelperson (ohne Unterkunft) und b) Leistungsform</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>b) für Nahrung</td>
<td>bar (ausser Empfangsstellen)</td>
<td>Sachleistung (Wertgut.)</td>
<td>meist bar (nach Gemeinde)</td>
<td>Vollverpflegung (Sachl.)</td>
<td>Vollverpflegung (Sachl.)</td>
</tr>
<tr>
<td>c) für Kleidung</td>
<td>bar</td>
<td>bar (seltener Sachleist.)</td>
<td>bar (seltener Sachleist.)</td>
<td>bar</td>
<td>bar (ausser Transportsausweis)</td>
</tr>
<tr>
<td>c) max. bar ausbezahlt</td>
<td>425.-</td>
<td>79.- = Taschengeld</td>
<td>max. 432.- variabel</td>
<td>73.- = Taschengeld</td>
<td>73.-</td>
</tr>
<tr>
<td>d) Rang</td>
<td>4</td>
<td>3</td>
<td>5</td>
<td>2</td>
<td>6</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Unterbringungsstandards und veranschlagte Mietkosten (in durchschnittlichen Mietkosten für die Schweiz umgerechnet: 1 m² pro Monat = CHF 13.10; ohne Betriebsauslagen für Energie, Wasser usw.)

<table>
<thead>
<tr>
<th>e) Form der Unterbringung</th>
<th>Gemeinschaftseinrichtungen</th>
<th>Gemeinschaftseinrichtungen</th>
<th>1/3 in Gemeinsch. 1/3 Privatwohnungen</th>
<th>evtl. in kommunal finanz. Zentren</th>
<th>in Bundesstellen und Gasthöfen (20%)</th>
<th>7-9 Monate in Zentren, dann in Privatwohnungen</th>
<th>1 Jahr in Zentren, dann in Privatwohnungen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>f) min. Wohnraum pro Person</td>
<td>5 m² (auf 2,5m Höhe)</td>
<td>6 m² (nicht quantifizierbare Vergaben für Gemeinsch.)</td>
<td>6 m² (+ 3 m² zusätzlich in Gemeinschaftszent.)</td>
<td>keine</td>
<td>nur BFF-Standards für Zentren</td>
<td>6 m² (10-12 Pers./Bad u. Küche)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>g) in CHF</td>
<td>131.-</td>
<td>144.-</td>
<td>118.- (3 m² Bew.)</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>144.-</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

4) Dieser monatliche Betrag, der die Unterkunft einschliesst, wird nur für 1 1/2 Monate ausbezahlt, daher ist der Ansatz auf das ganze Jahr extrapoliert worden, wobei die Verfahrensdauer nicht in allen Fällen ein Jahr beträgt.
5) Da keine genauen Ansätze für die Bundesbetreuungsstellen vorliegen, wurden die entsprechenden Pauschalen für private Gasthöfe um 20% (Personal, Gewinn usw.) reduziert, was den Leistungen in Bundesbetreuungsstellen nahekam könnten. Das Taschengeld entspricht allerdings den effektiv ausbezahlten Beträgen.
6) Unter „Nahrung” werden auch Gebrauchs- und Verbrauchsgutscheine für Haushalt, Hygiene usw. eingeschllossen.
7) Während der ersten 5 Monate nur Gutscheine für Kleider.
8) In einzelnen Gemeinden werden Sachleistungen und Wertgutscheine verwendet.
9) Aber Kleider und seltener Nahrung manchmal in Sachleistungen.
10) Busabonnement wird abgezogen.
**Fortsetzung Tabelle A2 Regelmäßige staatliche Leistungen an Asylsuchende: monatliche Beträge in CHF nach Kaufkraftparität gewichtet**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Länder</th>
<th>Dänemark</th>
<th>Brandenburg</th>
<th>Hessen</th>
<th>Italien</th>
<th>Österreich</th>
<th>Bern</th>
<th>Genf</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Soziale und administrative Betreuung</strong> (CHF-Beträge beziehen sich auf eine Betreuungsstelle von 80'000/Jahr)</td>
<td>1/78 Asylsuchende</td>
<td>1/100–150 AS</td>
<td>–</td>
<td>–</td>
<td>1/11*</td>
<td>1/100*</td>
<td>1/25</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Beschäftigungs- und Eingliederungsmassnahmen</strong> (berücksichtigt werden nur staatlich getragene Massnahmen)</td>
<td>–</td>
<td>85.–</td>
<td>53.– (1/125)</td>
<td>–</td>
<td>–</td>
<td>–</td>
<td>606.–</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Grundleistungen für Ehepaar mit zwei 10jährigen Kindern (ohne Unterkunft)</strong></td>
<td>1241.–</td>
<td>1502.–</td>
<td>1502.–</td>
<td>632.–</td>
<td>1828.– (2285.–)</td>
<td>1388.–</td>
<td>1472.–</td>
</tr>
<tr>
<td>max. bar ausgezahlt</td>
<td>1241.–</td>
<td>240.– = Taschengeld</td>
<td>1502.– (vgl. oben)</td>
<td>292.–</td>
<td>1388.–</td>
<td>1472.–</td>
<td>1184.–</td>
</tr>
<tr>
<td>Vergleich zu Leistungen für Einzelpersonen</td>
<td>die Ansätze für Nahrung u. Taschengeld sind wesentlich tiefer für Kinder als für Erw.</td>
<td>1. Ansatz Haushaltvorstand, andere Angehörige etwas tiefer; Kinder ½ Taschengeld</td>
<td>1. Ansatz Haushaltvorstand, andere Angehörige etwas tiefer; Kinder ½ Taschengeld</td>
<td>Ansätze für alle Personen identisch (id. Taschengeld); Kleiderwert höher für Kinder</td>
<td>Anzahl für alle Personen, leicht degressive Ansätze ab 4, stärker ab 5 Familienangehörigen</td>
<td>leicht degressive Ansätze bereits ab 2 Personen (Kinder unter 12 kein Taschengeld)</td>
<td>degressive Ansätze bereits ab 2 Personen (Kinder unter 12 kein Taschengeld)</td>
</tr>
<tr>
<td>o Rang (Einzelperson)</td>
<td>5 (4)</td>
<td>2 (3)</td>
<td>6 (6)</td>
<td>1 (2)</td>
<td>4 (5)</td>
<td>3 (1)</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>
In der Reihe
Arbeitspapiere des Schweizerischen Forums für Migrationsstudien
sind bisher erschienen
